Einzelpreis 15 Pf. Halle, Dienstag, den 2. September 1919. 30. Jahrgang • Nr. 205.

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 1016.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Deutsche Kohlen für die Entente.

20 Millionen Tonnen jährlich.

Aus Versailles verbreitet W. T. B. die folgenden Mitteilungen:

Die seit Wochen in Versailles geführten Verhandlungen über die nach den Friedensbedingungen an die Entente zu liefernden Kohlen sind jetzt zu einem gewissen Abschluß gekommen. Bekanntlich ist Deutschland nach dem Wortlaut der Friedensbedingungen zu Kohlenlieferungen bis zu etwa 48 Millionen Tonnen im ersten Jahre verpflichtet. Von Anbeginn der Verhandlungen an ist deutscherseits betont worden, daß bei der augenblicklichen Wirtschafts- und Arbeitslage in Deutschland, die im Winter zu einer schweren Kohlenkrise führen müsse, eine Lieferung in diesem Umfange die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen würde, ja, daß nach dem jetzigen Stande der Förderung, Deutschland überhaupt nicht in der Lage sei, Kohlen in irgendwie nennenswerter Menge auszuführen. Die Gegenseite hat dann unter der Voraussetzung, daß mit den Kohlenlieferungen sofort, nicht erst, wie im Friedensvertrage vorgeschrieben, 30 Tage nach dessen Inkrafttreten begonnen werde, ihre Forderungen zunächst auf 20 Millionen Tonnen jährlich ermäßigt. Die deutschen Unterhändler bestanden demgegenüber immer wieder darauf, daß, selbst wenn mit den Kohlenlieferungen gleich begonnen würde, durchaus keine Sicherheit dafür bestehe, daß in den kritischen Zeiten des kommenden Winters die verlangten Lieferungen aufrechtzuerhalten seien. Es müsse aber unter allen Umständen für Deutschland ein Minimum belassen werden. Nur bei einer etwaigen Mehrförderung könne eine Lieferung an die Entente in Betracht kommen. Es gelang bei den Verhandlungen leider nicht, diesen Standpunkt bei der Entente zur Geltung zu bringen. Es wurde abgelehnt, eine Vereinbarung zu treffen, die den nötigen Eigenverbrauch Deutschlands sicherstellen würde. Die Entente hat vielmehr ihre Forderungen endgültig wie folgt formuliert:

Deutschland hat in den nächsten sechs Monaten, beginnend vom Zeitpunkte der Pflichtlieferung an die Entente, Kohlenlieferungen zu leisten, die einer Jahreslieferung von 20 Millionen Tonnen entsprechen. Steigt die Gesamtförderung Deutschlands über die gegenwärtige Jahresförderung von etwa 108 Millionen Tonnen, so sind von der Mehrförderung bis 128 Millionen Tonnen 60 Prozent, darüber hinaus 50 Prozent zu liefern, bis das Höchstmaß der in den Friedensbedingungen vorgesehenen Pflichtlieferung erreicht ist. Fällt die Gesamtförderung unter 108 Millionen Tonnen, so wird die Entente die jeweilige Sachlage nach Anhören Deutschlands prüfen und ihr Rechnung tragen. Dieses Grundlage soll jedoch nur dann Geltung haben, wenn Deutschland mit den Kohlenlieferungen sofort beginnt.

Trotz der außerordentlich schweren Bedenken, die deutscherseits auch gegen diese Forderung der Entente mit Rücksicht auf unsere Wirtschaftslage bestehen, hat sich die deutsche Regierung entschlossen, schon jetzt mit den Lieferungen zu beginnen. Sie hat sich hierzu im Vertrauen darauf entschlossen, daß die Entente nicht auf den Lieferungen in der verlangten Höhe bestehen wird, wenn nachweislich die Wirtschaftslage Deutschlands dadurch erschüttert werden würde. Im gegenwärtigen Augenblick war eine andere Lösung der schwierigen Frage nicht zu erzielen. Deutscherseits wird deshalb an die Einsicht aller Beteiligten, insbesondere auch der Arbeiter in den Bergwerken und bei den Eisenbahnen, appelliert, daß sie alles tun, was in ihren Kräften steht, damit durch eine Erhöhung der Förderungsziffer und durch raschere Herstellung von Beförderungsmitteln uns die Möglichkeit gegeben wird, der Entente den Beweis zu liefern, daß das deutsche Volk den ernsten Willen hat, den Friedensvertrag loyal durchzuführen. Auf der anderen Seite aber darf Deutschland erwarten, daß die Entente die Bedeutung unseres Entgegenkommens in der Kohlenlieferung nach Gebühr würdigen und im Laufe der ferneren Verhandlungen in Versailles den berechtigten finanziellen und wirtschaftlichen Wünschen Deutschlands Rechnung tragen wird.

Volkssieg in der Pfalz.

Nach einem Berichte des W. T. B. aus Ludwigshafen ist die Erregung in der Pfalz über die Ludwigshafener Ereignisse ungeheuer groß. In vielen Orten finden Protestkundgebungen statt, an denen sich Arbeiter und Bürger beteiligen. Die Franzosen halten in allen Orten ihre Truppen alarmbereit. Versammlungen sind nach wie vor verboten. Die Bürgermeister warnen die Bewohner vor unüberlegten Handlungen und Kundgebungen. In Ludwigshafen erreichte die Aufregung am Sonnabend ihren Höhepunkt. Die Lage wurde für die französische Besatzung so drohend, daß der erste französische Kontrollofizier, Major Menneteriere, die Zurückziehung aller militärischen Posten von den öffentlichen Gebäuden anordnete. Die Arbeiterschaft in Kaiserslautern, Zweibrücken, Speyer und Pirmasens hat beschlossen, in den Sympathiestreik einzutreten, falls die Forderung der Ludwigshafener Arbeiter von den Franzosen nicht berücksichtigt werde.

Mannheim, 1. September. (W. T. B.) Die Arbeit wurde heute vormittag fast in allen Betrieben Ludwigshafens wiederaufgenommen. Die 17 verhafteten Post- und Bahnbeamten wurden bis auf einen aus der Haft entlassen. Die Arbeiterschaft fordert auch die Entlassung des letzten Verhafteten, andernfalls sie abermals in den Streik eintreten werde.

Die französische Besatzungsbehörde in der Pfalz beginnt angesichts der gewaltigen Volksbewegung, die Unterstützung der Bewegung für eine Republik Freie Pfalz fallen zu lassen. Es verlautet, daß der Kommandierende General in der Pfalz, Gerard, abberufen und durch General Fayolle ersetzt werden soll.

Durch eine Verordnung des Generals Gerard ist auch für den Bereich der 8. Armee gemäß der Verfügung des Marschalls Foch die Vorzensur für die Presse ab 30. August aufgehoben worden. Auch sind einige Verkehrserleichterungen zugestanden worden.

Ein reaktionärer Schandplan.

Geplante Deportation von Revolutionären.

Die Freiheit veröffentlicht einen ihr von vollkommen zuverlässiger Seite zugegangenen Bericht, in dem recht saubere Pläne der gegenwärtigen Gewaltbaber enthüllt werden. Wir hielten die Mitteilungen der Freiheit für unglaublich und hielten daher zunächst mit ihrer Veröffentlichung zurück. Da wir sie indes auch von anderen Parteiblättern übernommen finden wollen wir uns ihrer Wiedergabe auch nicht mehr länger entziehen. Also: die Freiheit berichtet:

In einer am Freitag im Neuen Krug in Dahlem stattgefundenen Versammlung der Bürgerwehr führte der Rittmeister Maaß aus:

Nachdem wir durch den Friedensvertrag gezwungen sind, die Herabsetzung unseres Heeresbestandes auf 100 000 Mann vorzunehmen, sind wir daran gegangen, Bürgerwehren aufzustellen.

Die Bezahlung erfolgt nicht durch die Regierung, sondern durch die kapitalkräftigen Bürger des Staates.

Die Bürgerwehren befinden sich seit gestern in Alarmbereitschaft zur Ausführung folgenden Planes:

Auf Listen sind alle Adressen der revolutionären Elemente zusammengestellt. In den nächsten Tagen sollen alle die darauf Verzeichneten verhaftet und zwangsweise nach Frankreich zum Wiederaufbau abtransportiert werden. Die Reichsregierung sei mit dem Plane einverstanden. Die Bürgerwehren gelten als alarmiert auf das Stichwort „Arend".

Die Regierung wird diese aufsehenerregende Meldung nicht mit einem lahmen Dementi abtun können. Hier muß Farbe bekannt werden, sonst muß endlich einmal das Proletariat deutlich sprechen!

Neue Scharfmachereien der Regierung.

Ein Vorstoß gegen Braunschweig.

Das rechtssozialistische Hamburger Echo bringt folgende Notiz:

„Spartakistische und unabhängige Kreise bereiten sich für die nächste Zeit, für die sie infolge der Kohlennot und der sich daraus ergebenden Arbeitslosigkeit und Lebensmittelknappheit neue Schwierigkeit der innerpolitischen Lage erhoffen, Unruhen und Putsche an den verschiedenen Stellen in Deutschland vor. Besondere Agitationsherde sind Groß-Berlin, Hamburg mit Schleswig-Holstein, Magdeburg, Braunschweig, Oberschlesien, München, Chemnitz. Eine ganze Reihe von Tatsachen werden bekannt, die beweisen, wie entschlossen und entschieden man vorgeht und wie bestimmt man damit rechnet, durch Gewaltakte zur Herrschaft zu gelangen."

Es handelt sich hier, wie uns aus Braunschweig geschrieben wird, um bewußte Stimmungsmache, deren Grund für Braunschweig darin zu suchen ist, daß die U. S. P.-Fraktion des Landtages gegen den Verfassungsbruch des Volksbeauftragten Jasper protestiert hat, der versuchte, verfassungswidrig den Landesarbeiterrat aufzulösen.

Es gärt in Frankreich.

Arbeiterräte in Paris?

Die Deutsche Allgem. Ztg. gibt eine Meldung des Wiener Abend wieder, wonach sich in sechs Pariser Bezirken, darunter in dem vom Montmartre, Sowjets gebildet haben. Sie bestünden seit dem 24. August.

Nach dem gleichen Blatte wurde in Ludwigshafen ein Flugblatt von französischen Soldaten aus Automobilen geworfen, in dem gegen die Unterdrückung der deutschen Republik und gegen eine weitere Intervention in Rußland protestiert wird. Die Kameraden werden aufgefordert, die Revolution dorthin zu tragen, wo sie noch nicht sei. Das Flugblatt enthält Angriffe gegen Poincaré und Clemenceau, die als Kriegstreiber bezeichnet werden.

Die Hungerblockade gegen Rußland.

Wie seinerzeit gemeldet wurde, hatten sich viele hunderte schwedische Arbeiterfamilien bereiterklärt, unterernährte russische Kinder aus Sowjetrußland in Pension zu nehmen. Das schwedische Rote Kreuz war auch bereit, einen Transportdampfer nach Petersburg zu entsenden, wozu die schwedische Regierung ihre Zustimmung gab. Nunmehr wird vom schwedischen Auswärtigen Ministerium, einem Telegramm aus Stockholm an die Freiheit zufolge, erklärt, daß die englischen Behörden den Durchgang nach Rußland irrite verweigern. Die Deputation der Metallarbeiter, die wegen Wiederaufnahme der geschäftlichen und konsularischen Beziehungen bei der Regierung vorstellig wurden, erhielt die gleichlautende Antwort. Der Minister des Äußeren, Hellner, erklärte weiter, daß, wenn von schwedischer Seite versucht werden würde, die Blockade zu brechen oder schwedische Handelsschiffe durch militärisches Geleit zu sichern, auf einen Krieg mit der Entente zu rechnen wäre. Deshalb sei die Wiederaufnahme der Beziehungen vorläufig unmöglich.

Weg mit dem neuen Heer!

Von Gg. Engelbert Graf

aus der von Noske verbotenen Freien Jugend.

Wir haben es alle erlebt, wie der neue Militarismus allmählich aus allen Schlupfwinkeln hervorgekrochen ist und sich breitgemacht hat. Es ist richtig, daß unter den Freiwilligen manche sich befinden, die ein fanatischer, irregeleiteter Idealismus treibt, daß viele darunter sind, die nur die bittere Not, Arbeitslosigkeit und Hunger dazu zwang, sich anwerben zu lassen. Im ganzen aber ist das Heer heute der Sammelplatz aller Gegenrevolutionäre, aller Feinde des Fortschritts und der Arbeiterschaft, die Zuflucht arbeitsscheuer Herrchen aus den besseren Gesellschaftskreisen und, wie von den Führern dieser Truppen wiederholt ganz offen zugesprochen wurde, ein Feld für Roßkämme aller Art und fragwürdige Elemente aller Bevölkerungsschichten. Daß die Truppenteile Arbeiter überhaupt nicht oder nur nach gründlicher Prüfung auf „Zuverlässigkeit" annehmen, darauf können wir nur stolz sein.

Schon aus Reinlichkeitsgründen müssen wir Gegner des neuen Militarismus sein. Zwar nennen sich viele der Offiziere „Mehrheitssozialisten" — es gibt sehr kluge Geschäftspolitiker unter den Herren! — und ein ehemaliger Arbeiter, der sich noch heute als Sozialist bezeichnet (die Zunge müßte ihm darum verdorren!), ist Reichswehrminister Noske! Er braucht um seine Unsterblichkeit nicht bange zu sein. Wir werden ihn nicht vergessen, und in der Schredenskammer der Revolutionsgeschichte wird er fortleben. Er, der Freund und die Hoffnung aller Reaktionäre, aller Offiziere, Junker, Alldeutschen, Großkapitalisten und Kriegsgewinnler, kurzum aller derer, die die Not und die Schande der Kriegsjahre und das Elend, dem wir nunmehr im Frieden entgegengehen, auf dem Gewissen haben. Sage mir, von wem du gelobt und gepriesen wirst, und ich will dir sagen, wer du bist. Vielleicht ist das Bild richtig, das Eingeweihte von ihm kennen wollen: Noske, der willenlose Hampelmann seiner Offiziere. Aber schließlich — er hat die Vollmacht; und ein Mann, der von Offizieren des alten Regimes, von Hohenzollerndienern und Junkersprößlingen umgeben ist, kann nur ein Feind der Arbeiterklasse sein.

Jedoch nicht allein unser proletarisches Gefühl, unsere proletarische Ehre lehnt sich gegen die Leute im Stahlhelm auf, auch der kühle Verstand des sozialistischen Politikers sehnt den Tag herbei und spannt alle Kräfte an, ihn bald heraufzuführen, wo auch der letzte Rest dieses Militarismus aus unserem Lande, wo jeglicher Militarismus auf der ganzen Erde verschwunden sein wird.

Eher wird kein Friede sein auf Erden! Das Heer ist die Wurzel des Völkerkrieges wie des Bürgerkrieges. Jedes Heer ist eine stete Gefahr für den Frieden. Jeglicher Militarismus gebiert Mord und immer wieder Mord.

In der ganzen Menschheitsgeschichte war das Militär der Träger des Imperialismus. — Wo ein Land einmal „militarisiert" ist, weicht der Friede von ihm. Der Heerbann der alten Deutschen, das waren alle Freien; fleißige Ackerbauer, die ihre Arbeit nur unterbrechen, wenn sie ihr Hab und Gut und ihre Heimat vor Räubern schützen mußten, oder wenn ihrer zu viele wurden und in ihrem Land nicht mehr genügend Nahrung fanden. Dann rüsten sie zu den Waffen, um sie wieder niederzulegen, sobald Not und Gefahr beseitigt waren. Auch für die Miliz, wie sie z. B. die Schweiz bei sich eingeführt hat, bedeutet der Kriegsdienst eine gelegentlich im Interesse der Gesamtheit notwendige, aber stets als störend empfundene Unterbrechung des Berufslebens; länger als unbedingt nötig, würde sie an einem Kriege sich nie beteiligen. Das Bilde ändert sich jedoch, sobald Berufssoldaten die Waffen führen. Leute, denen der Krieg Handwerk, denen er Selbstverständlichkeit und Normalzustand ist. Sie können sich nur im Kriege betätigen, sie können sich nur durch den Krieg in ihrer gesellschaftlichen Ausnahmestellung halten; sie drängen daher zum Kriege und suchen jede Gelegenheit zum Kriege. Ins Feld zu ziehen, ist ihnen selbstverständlich; wofür sie ins Feld ziehen, gegen wen sie ins Feld ziehen, ist ihnen gleichgültig. So wurden die Berufssoldaten von altersher Gegner jeglichen Friedens und die Träger rücksichtslosesten Eroberungsdranges, eines uferlosen Imperialismus. Der Imperialismus ist an sich kein Merkmal ausschließlich neuerer Zeit. Wir begegnen ihm schon in den frühesten Tagen des Altertums. Aber immer tritt er Arm in Arm mit dem Militarismus auf. Längere Kämpfe um Heimatsscholle und Nahrung können sehr schnell zur Herausbildung einer besonderen Militärkaste oder zur Militarisierung eines ganzen Volkes führen, die sich beide im Einsetzen rücksichtsloser Eroberungskriege äußern. Wie die Landsknechtsheere des spätern Mittelalters und der frühen Neuzeit den Krieg zu einem Normalzustand machten, wie sie immer wieder neue Kriege hervorriefen und jeden Krieg in die Lande zogen, zeigt besonders das Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges. Weniger günstig für den Imperialismus waren die Söldnerheere des 18. Jahrhunderts, etwa die des Alten Fritz. Das waren zu einem großen Teil keine Freiwilligen, sondern mit List und Gewalt zum Waffendienst gepreßte arme Teufel; nur für das aus dem Junkertum hervorgegangene Offizierkorps war der Krieg Beruf, war er Lebensbedingung und Geschäft. Auch die allgemeine Wehrpflicht ist dem imperialistischen Krieg nicht unbedingt günstig. Nur die Berufssoldaten im Heer drängen nach Krieg, betzen und schüren zum Krieg; denn sie leben vom Krieg. Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere waren dabei das feste Gerüst des modernen Imperialismus, und Kadavergehorsam und Kasernendrill halfen ihnen, die „einrückenden" Zivilisten zu willenlosen Kriegsmaschinen zu machen. Aus demselben Grunde wehrte man sich auch in diesen Kreisen sehr gegen die Verkürzung der Dienstzeit, weil nur möglichst lange ihrem bürgerlichen Beruf entfremdete Soldaten zu willenlosen Werkzeugen des Imperialismus taugten. Aber auch all dies mußte versagen, sobald einmal ein Krieg über eine gewisse Zeit hinaus sich ausdehnte. Die aus ihrem Beruf herausgerissenen Mannschaften wollen denn doch endlich einmal heimkehren; ein Grund, der im November vorigen Jahres mit zum Zusammenbruch der deutschen Front beigetragen hat.

Der deutsche Militarismus war der Alp, der jahrzehntelang auf Europa, ja auf der gesamten Welt lastete. Die Entente glaubt, ihn nun dadurch ausrotten zu können, daß sie Deutschland die Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht — und damit zu einem Millionenheer — versagt und ihm nur die Beibehaltung eines Söldnerheeres gestattet. Aber gerade das aus Freiwilligen ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190902-12/fragment/page=0001

Aber ein Söldnerheer ist eine ständige Gefahr für den Frieden. Es muß etwas zu tun haben, es darf nicht tatenlos sein, oder es muß verschwinden. Der Krieg ist für die Freiwilligen eine Gelegenheit, sich zu bereichern und sich zu versorgen. Also Krieg! Wie war es doch in den jüngsten Tagen? Um die „Grenzen", um die „Heimat" zu schützen, wurden Hunderttausende von Freiwilligen angeworben. Grenzschutz? Heimatschutz? War es nicht von vornherein klar, daß unsere neuen Grenzen von der Entente gezogen wurden, daß es also des Grenzschutzes gar nicht bedurfte? Dabei ist dem deutschen Imperialismus vorläufig der Weg zu neuen Eroberungen gründlich verbaut.

Um so unverhüllter zeigt sich der neudeutsche Militarismus im Innern. Man rühmt das Heer schütze die Regierung. Ach nein! Das Heer pfeift auf die Regierung! Das Heer sorgt für sich; es baut sich ein in der Hoffnung, aus seiner neuen Position nicht vertrieben werden zu können. Frondierende, d. h. aufsässige Offiziere sind heute an der Tagesordnung. Das Heer kennt nur Interessenpolitik, treibt nur eine Politik, die gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist. Denn in der Arbeiterschaft sieht es das Objekt, an dem es seine Unentbehrlichkeit nachweisen kann. Wenn sich nicht hier und dort „Unruhen" niederwerfen ließen, wenn sich nicht bald in jeder Mittel- und Großstadt der Belagerungszustand verhängen ließe, wenn man nicht in Lungenheilstätten, in Redaktionen und bei harmlosen Privatleuten Haussuchungen nach Waffen und Kommunisten veranstalten müßte, wozu gäbe es dann eine Gardekavallerie-Schützen-Division und Freikorps in Menge?

Solange statt Lebensmittelzüge Panzerzüge verkehren, solange Tanks mit aufgemalten Totenschädeln durch die Straßen rattern, Maschinengewehre auf den Plätzen und von den Dächern drohen und Handgranaten und andere feige Mordinstrumente auf Schritt und Tritt einem entgegenstarren, wird es keinen Frieden geben im Land, weil dieses System den Frieden nicht bringen kann.

Wollen wir Frieden bei uns, wollen wir Frieden mit der Welt, dann geben wir allen Ländern mit einem guten Beispiel voran:

Hinweg mit jeglichem Militarismus! Hinweg mit allen Söldnern, Landsknechten und Freiwilligen! Entwaffnen wir uns!

Belagerungszustand im Elsaß.

Paris, 1. September. Ueber das Gebiet von Mülhausen, Thann und Gebweiler ist infolge des Streiks der Kaliarbeiter der Belagerungszustand verhängt worden. Man hat auch gleich Kriegsgerichte eingesetzt. Die französische Confédération Générale du Travail (Gewerkschaftsbund) protestiert energisch gegen diese Maßnahmen und hat die elsässischen Gewerkschaften um Auskunft über die Lage ersucht.

Es ist also bei den französischen Gewalthabern wie im republikanischen Deutschland des Noske: gegen Arbeiterforderungen wird mit dem Belagerungszustand vorgegangen.

Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Ein Berliner Blatt berichtet, der erste Transport deutscher Kriegsgefangener nach der Heimat habe am Sonnabend Frankreich verlassen. Hoffentlich bewahrheitet sich diese Meldung, denn es sind gerade genug dem Sensationsbedürfnis gewisser Zeitungen entsprechende Meldungen in die Welt gesetzt worden, ohne daß sie den Tatsachen entsprachen. Noch am Sonntag traf eine Meldung ein, nach der Frankreich beabsichtige, die deutschen Kriegsgefangenen bis auf weiteres nicht freizugeben, während England und Amerika bereit seien, die Abtransporte sofort zu gestatten. Eine Bestätigung irgendwelcher dieser sich widersprechenden Meldungen liegt aber bislang nicht vor.

Köln, 1. September. (W. T. B.) Die ersten deutschen Kriegsgefangenen, wahrscheinlich aus England, sind heute früh in Stärke von etwa 1000 Mann in Köln-Deutz eingetroffen.

Daily Mail meldet: In England warten über 100000 deutsche Kriegsgefangene auf sofortige Heimschaffung. Für das französische Aufbaugebiet sind 32000 deutsche Gefangene abgeschoben worden.

Dem französischen Blatte Excelsior zufolge werden die mit dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beschäftigten Kriegsgefangenen nicht vor dem 9. September abreisen.

Denikin erneut geschlagen.

Amsterdam, 1. Sept. (W. T. B.) Die englischen Blätter melden: Einer bolschewistischen Mitteilung zufolge haben die Bolschewisten 30 Meilen südwestlich von Krasnoi Jar eine der Divisionen Denikins geschlagen und 2000 Gefangene gemacht, darunter den Divisionsstab. Auch in der Gegend von Jarzin und Korsun haben die Bolschewisten Erfolge errungen. Truppen Denikins sollen in Unordnung in Richtung Zaamenka zurückgehen.

Einer Wireless-Preß-Meldung zufolge berichten die Bolschewisten, daß alle britischen, kanadischen und japanischen Truppen Wladiwostok verlassen.

Die Lage an der estnisch-lettischen Front bei Pleskau ist, wie aus Mitau gemeldet wird, äußerst bedrohlich. Der Frontdurchbruch der Bolschewisten ist vollständig gelungen. Die lettische Regierung befördert baltische Landeswehr beschleunigt an die Front. Nach Abtransport der baltischen Landeswehr stehen der lettischen Regierung in Kurland keine nennenswerten Truppen mehr zur Verfügung. Es sind örtliche Aufstände in den von den deutschen Truppen geräumten Gebieten ausgebrochen. Russische, lettische und baltische Zeitungen beurteilen die Lage sehr ernst.

Die Räteregierung an China. Wie ein Moskauer Funkspruch aus Helsingfors meldet, hat dort vor einigen Tagen eine große chinesische Versammlung stattgefunden. An dieser Versammlung wurde bekanntgegeben, daß die Sowjetregierung im Juli ein Manifest nach China gesandt habe mit der Mitteilung, die rote Sowjetarmee nehme ihren Marsch nach dem Osten wieder auf, um den arbeitenden Klassen Chinas Hilfe zu bringen, und die Südregierung sei bereit, dem chinesischen Volke alles wiederzugeben, was ihm die Regierung des Zaren genommen habe.

Hungerstreik schlesischer Schutzhaftgefangener.

Wie die Freiheit erfährt, sind am 30. August die Schutzhaftgefangenen auf der Festung Glatz in Schlesien in den Hungerstreik getreten. Die Gründe sind in brutaler Behandlung und völlig ungenügender Ernährung zu suchen. Seit einigen Wochen wurde das dort verabfolgte Essen immer schlechter. In den letzten fünf Tagen erhielten die Gefangenen als einzige warme Mahlzeit eine dünne Wassersuppe, deren ekelhafter Geruch sie völlig ungenießbar machte. Die Bitte der Gefangenen, eine Probe dieser Mahlzeit an einen Arzt zur Untersuchung einsenden zu dürfen, wurde abgelehnt. Da die Gefangenen den langsamen Hungertod vor Augen sehen, haben sie es vorgezogen, durch dieses letzte Verzweiflungsmittel ihren Protest gegen ihre jeder Menschlichkeit widersprechende Behandlung zu bekunden.

Selbst die bürgerliche Berliner Volkszeitung spricht von einer „geradezu viehischen Behandlung" und verlangt, daß, wenn die politischen Häftlinge schon nicht verurteilt oder freigelassen werden, sie wenigstens wie Menschen verpflegt werden. Und wir wissen uns mit den anständig Denkenden aller Parteien einig, wenn wir von der Regierung fordern, daß sie sofort die untergeordneten Instanzen zwingt, auch bei der Behandlung dieser wehrlosen Gefangenen, die seit zwei Monaten ihrer Freiheit beraubt sind, ohne der geringsten strafbaren Handlung überführt zu sein, die primitivsten Regeln der Menschlichkeit innezuhalten, ohne daß derartige Verzweiflungsakte notwendig werden.

Wahlrechtsverschlechterung in Ungarn.

Budapest, 30. August. Der Ministerrat hat den Wahlrechtsentwurf für die Nationalversammlung angenommen. Das Wahlrecht gebührt demnach jedem Manne über 24 Jahre, der zumindest sechs Jahre ungarischer Staatsbürger und ein halbes Jahr in derselben Gemeinde ansässig ist. Minderjährigen steht das Wahlrecht zu, falls sie vor dem 1. November 1918 wenigstens zwölf Wochen im Felde standen. Von den Frauen, für welche die Wahlrechtsbedingungen im übrigen die gleichen sind wie für die Männer, wird noch Kenntnis des Lesens und Schreibens in irgendeiner gebräuchlichen Landessprache gefordert. Wählbar ist jeder über 30 Jahre alte Wähler. Jeder Wahlbezirk wählt einen Abgeordneten. Die Abstimmung erfolgt direkt, geheim und gemeindeweise.

Frankreich und Deutschland.

In der französischen Kammer hielt Albert Thomas eine in der Pariser Presse vielbesprochene Rede, in der er auf das Verhältnis Frankreichs mit Deutschland zu sprechen kam. Ein Sonderberichterstatter des Berliner Tageblattes legt ihm Ausführungen in den Mund, die auf die Absicht hinauslaufen, „immer dafür zu sorgen, daß die deutschen Staaten Schwierigkeiten untereinander haben". Im Gegensatz dazu betont nach einer Versailler Meldung der Temps, Albert Thomas vertrete die Ansicht, „daß Deutschland einer festeren Zentralisation entgegenstrebe, und daß Frankreich nur neue Kriegsursachen heraufbeschwöre, wenn es diese unvermeidliche Evolution zu stören suche". Temps sagt, es handele sich weniger darum, zu wissen, ob Deutschland mehr oder weniger zentralisiert sei, sondern darum, festzustellen, ob es mehr oder weniger verpreußt sei. Die Auffassung, Deutschland und Frankreich könnten sehr wohl miteinander in Frieden leben, tritt sowohl in den Kammerreden als in der Presse mehrfach zutage. Albert Thomas sagte darüber: „Ich behaupte, daß noch niemals ein siegreiches und ein besiegtes Volk in ihren ganzen Lebensbedingungen so innig miteinander verbunden waren, wie jetzt das französische und das deutsche Volk. Die beiden Völker sind aufeinander angewiesen, sowohl wegen der Rheinschiffahrt als auf dem Gebiete der Metallgewinnung. Man sagt zwar in der Presse, daß das deutsche Volk unverbesserlich bleibt; aber diese Auffassung wird das Leben nicht leichter machen. Vergessen wir nicht, daß Männer in Deutschland gegen die Kriegsführung protestiert haben, und daß es eine Unabhängige Sozialistische Partei gibt. Das sind Elemente eines neuen demokratischen Deutschland."

Der Matin nennt die Rede Thomas' eine gefährliche Illusion, während Liberté sagt, man müsse dem deutschen Volke in seinen demokratischen Bestrebungen helfen. Wie die französische Regierung im Bunde mit den übrigen Alliierten ihre Aufgabe auffassen, die demokratischen Bestrebungen in Deutschland zu unterstützen, haben sie darin dokumentiert, daß sie Noske zugestanden, eine über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinausgehende Soldatentruppe zur Niederhaltung wirklich demokratischer Bestrebungen zur Verfügung zu behalten.

Das „echte wahre Preußentum".

Alldeutsche Verpreußung Deutsch-Oesterreichs.

In Berlin tagte der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes. Selbstverständlich wurde dort weidlich auf die Revolution geschimpft. Der Novembersturz sei das größte politische Verbrechen der Weltgeschichte; die Rückkehr zum Kaisertum sei die Parole. Aber nicht nur das: „Rückgewinnung der uns geraubten Gebiete", „Stück für Stück heraus aus den Händen der Räuber", donnerte Freiherr von Wietinghoff-Scheel. Der Wiener Justizrat Dr. Kosin, der mit seiner 26 Mitglieder starken Fraktion der österreichischen Nationalversammlung „geschlossen und ohne Vorhalt" dem Alldeutschen Verbande beigetreten ist, äußerte sich besonders darüber, wie sich Alldeutschland den Anschluß Oesterreichs an Deutschland wünschen.

„Das fluchbeladene Habsburger Haus ist fort! Für immer! Falls es je wiederkehren sollte, würde kurzer Prozeß mit ihm gemacht werden! Wir würden bereit sein, uns zu seiner Bekämpfung mit den radikalen Elementen zu verbinden. Wir sind Anhänger der Einverleibung Oesterreichs durch Deutschland. Sie ist unsere einzige Rettung. Wir verlangen einen Hohenzollern, keinen Habsburger, wenn der Umschwung kommt. Unsere Magnetnadel zeigt nach Norden; wir sind Anhänger eines echten wahren Preußentums. (Stürmischer Beifall.)"

So sicher es ist, daß das schwer geschlagene deutsche Volk sich wieder aufrichten wird, wenn auch durchaus nicht im Sinne der Alldeutschen, das Preußentum ist abgetan und mit ihm sind die einst so „ruhmvollen" Hohenzollern und Habsburger ein für allemal in der Versenkung verschwunden.

Herr Heine — der Demokrat.

Aus Schmalkalden wird uns geschrieben: Die deutschen Rechtssozialisten verzichten in der Praxis auf manches Stück Sozialismus, angeblich, weil sie die Demokratie hochhalten und über alles andere stelle. Diese Hochachtung vor der Demokratie haben sie aber nur so lange, wie sie als ihre Nutznießer auftreten können. Sonst pfeifen sie auf die Demokratie.

Der Kreistag des preußischen Kreises Schmalkalden hatte am 7. Juli dieses Jahres mit 18 gegen 6 Stimmen den Genossen Ewald Vogtherr (Berlin) zum Landrat gewählt. Dieser Beschluß stellt, das weiß die Regierung, auch den Willen der großen Mehrheit der Kreiseinwohner dar, denn der Kreistag war kurz zuvor auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt worden. Da obendrein die Landratsstelle zurzeit nicht besetzt ist, sondern provisorisch verwaltet werden muß, hätte die Wahl sofort bestätigt werden können. Hinzu kommt noch, daß Herr Heine, der preußische Innenminister und würdige Nachfolger eines Puttkamer, auf dem Weimarer Parteitag der Rechtssozialisten erklärte, als man ihm vorwarf, daß die Verwaltung nach wie vor in Händen der alten Reaktionäre sei, daß er nur auf Vorschläge warte, sich nach solchen direkt sehne, um neue Männer einzusetzen. Solch einen Vorschlag hat er von Schmalkalden bekommen. Der von dem Schmalkalder Kreistag vorgeschlagene Genosse Vogtherr ist zweifellos für den zu besetzenden Posten wohl befähigt. Aber bestätigt wird er nicht. Kreistag und Kreisausschuß haben nach der Wahl zu der Frage wiederholt Stellung genommen und die Bestätigung verlangt; brieflich, telegraphisch, sogar telephonisch bei dem Personalreferenten. Macht nichts, die Bestätigung bleibt aus. Man hat aber anscheinend auch nicht den Mut, die Wahl abzulehnen, da man genau weiß, daß eine erneute Wahl doch dasselbe Ergebnis haben würde.

Die Genossen im Schmalkaldener Kreise tragen sich mit dem Gedanken, die Staatssteuern so lange nicht zu zahlen, bis sie ihren erwählten Beamten an der Spitze der Kreisverwaltung haben. Die Empörung ist allgemein, auch bei den Rechtssozialisten, die allerdings nur spärlich im Kreise vertreten sind. Einer Regierung, die derart das Recht der Demokratie bricht, kann man keine Mittel mehr gewähren.

Von der Kadettenschule zum — „Reformgymnasium".

Aus den Berichten des Zentraljugendratstages vom 29. August in Jena geht folgende Tatsache hervor:

Anfangs des Jahres forderten Angehörige der freien Hochschulgemeinde in Berlin vom Kultusminister die Freigabe sämtlicher Kadettenanstalten, um in den Gebäuden dieser Schulen, die ja durch die Revolution überflüssig geworden waren, Hochschulkurse für Proletarier einzurichten. Vom Kultusministerium wurden sie jedoch abgewiesen, mit der Begründung, die Kadettenschulen seien bereits in Reformgymnasien umgewandelt. Natürlich gab man sich damit nicht zufrieden. Vor allen Dingen untersuchte man diese „Reformgymnasien" etwas genauer und siehe da, man fand in ihnen die gleichen Schüler — die Kadetten — und auch ihre alten Lehrer. Diese Entdeckung teilte man natürlich dem Herrn Kultusminister mit und bestand nach wie vor auf der Forderung der Freigabe dieser Anstalten. Da blieb dem Kultusminister nichts anderes mehr übrig, als mit der Wahrheit herauszurücken. Vor kurzer Zeit ging nämlich den Antragstellern ein Schreiben des Kultusministeriums zu, worin ihnen mitgeteilt wurde, das Kultusministerium sei in der Sache nicht zuständig, da die „Reformgymnasien dem Kriegsministerium unterstehen".

Also dem Kriegsministerium unterstehen diese „Reformgymnasien". Noske versteht es doch ausgezeichnet, für seine Offiziere und auch „Kadetten" zu sorgen. Ist es da ein Wunder, wenn diese gegenrevolutionären Herrchen immer frecher auftreten?

Notizen.

Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen. Wie aus Genf gemeldet wird, hat der französische Minister für Elsaß-Lothringen angeordnet, daß die deutschen Arbeiter, die bis zum 15. September keine Stellung gefunden haben, mit ihren Familien ausgewiesen werden.

Der Streik in den Papier-, Pappen- und Holzstoffabriken im Riesengebirge ist beigelegt.

Gefangenenbefreiungsversuche. In Chemnitz wurde in der Nacht zum Sonntag von etwa sechs Personen dreimal vergeblich versucht, in das Gefängnis auf dem Kaßberg einzudringen. Sie wurden unter Gebrauch von Waffen abgewiesen.

Der italienische König verschenkt seine Schlösser! Dem B. T. zufolge hat der König von Italien dem Staate seine sämtlichen Besitzungen, Villen und Schlösser mit Ausnahme der Paläste in Rom und Turin geschenkt. Die Schlösser werden in Invalidenasyle und Waisenhäuser verwandelt, während die königlichen Domänen den Bauern überlassen werden. Schließlich verlangt (!) der König die Besteuerung seiner Zivilliste.

Diese freiwillige Entäußerung königlicher Besitzungen läßt darauf schließen, daß es um den Thron des kleinen Viktor Emanuel recht wackelig stehen muß. . . . Ob er ihn durch das Verschenken von Schlössern und Bezahlen von Steuern retten wird?

Der rumänische Kronprinz — sozialdemokratischer Kandidat. Nach Zeitungsmeldungen hat sich der wegen einer bürgerlichen Heirat gemaßregelte rumänische Kronprinz zu den im Oktober stattfindenden Parlamentswahlen als sozialdemokratischer Kandidat aufstellen lassen. Der Kronprinz reist jetzt an die russisch-rumänische Front, um dort antimonarchistische Reden zu halten.

Was doch so eine „bürgerliche Heirat" eines Thronanwärters nicht alles für Folgen haben kann!

Wirtschaftliche Uebersicht.

Wiederaufnahme des Handelsverkehrs mit Amerika.

Das Schiffahrtsamt der Vereinigten Staaten von Amerika hat für den Handelsverkehr mit Deutschland vorläufig Dampfer mit einem gesamten Raumgehalt von 68500 Tonnen zur Verfügung gestellt. Vorläufig sollen acht Dampfer Stückgutladungen und Baumwolle nach Deutschland befördern. Weitere Neueinrichtungen stehen bevor. Die Fahrten sollen regelmäßig von Neuyork, Philadelphia, Baltimore, Boston, Galveston, Neu-Orleans und anderen Häfen der atlantischen und Golfküste stattfinden. Die von dem Schiffahrtsamt geplanten Vorkehrungen sehen wöchentliche, vierzehntägige bzw. vierwöchentliche Abfahrten vor.

Die Fahrten haben zum Teil schon begonnen.

Die Daily News melden, daß ein Wiederaufleben des englischen Handels mit Deutschland, vor allem in der Textilindustrie in Vorfühlung fühlbar ist. Viele Firmen haben bereits Vertreter nach Deutschland gesandt, während die Deutschen darauf aus sind, ihre früheren Verbindungen wieder anzuknüpfen.

Deutschlands Petroleumversorgung. Ein „dunkles" Kapitel bildet die Frage der Petroleumversorgung für den nächsten Winter. Mit einer Einfuhr aus Galizien und Rumänien ist, wie das Reichswirtschaftsministerium aus Anlaß einer Auskunft versicherte, nicht zu rechnen. Deutschland werde in diesem Winter ganz von Amerika abhängig sein. Vor Ende September werde auf keinen Fall eine Petroleumverteilung möglich sein. Ohne eine Rationierung des Petroleums wird es auch während des ganzen Winters nicht abgehen.

Aus der Partei.

Fortschritte der U. S. P. in Bremerhaven.

Nachdem nun auch die Bremerhavener Parteigenossen sich ein eigenes Organ, die Arbeiter-Zeitung, geschaffen haben, die als Kopfblatt der Bremer U. S.-Zeitung erscheint, nimmt die Bremerhavener Bewegung gute Fortschritte. In der Zeit vom 26. Juli bis zum 25. August hat die U. S. P. für Bremerhaven und Umgegend insgesamt 410 Neuaufnahmen zu verzeichnen, und zwar 342 Eintritte und 68 Uebertritte aus der M. S. P. Nachdem wir im vorigen Monat rund 400 Neuaufnahmen — darunter 112 Neuaufnahmen — buchen konnten, haben wir in genau acht Wochen einen Gesamtzuwachs von über 800 Mitgliedern zu verzeichnen. Ein Erfolg, der sich wahrlich sehen lassen kann und der dem Agitationseifer der Parteigenossen das denkbar beste Zeugnis ausstellt.

Allerlei.

Ein schwerer Eisenbahnunfall

ereignete sich bei der Einfahrt eines Zuges der Eulengebirgsklein-bahn von Wünschelburg in den Bahnhof Mittelsteine. Die beiden Wagen hinter der Lokomotive sprangen aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache in das Nebengleis. Ein Wagen fiel um. Bisher wurden zwei Tote, vier Schwer- und zehn Leichtverletzte festgestellt. Bis zum Eintreffen des Rettungszuges aus Glatz leistete ein auf dem Bahnhof anwesender Arzt aus Mittelsteine die erste Hilfe. Von den Schwerverletzten sind während der Ueberführung nach dem Krankenhause zwei gestorben.

Reiche Goldlager

Reiche Goldlager wurden bei Cooper Lake in Kanada entdeckt. Die Kommission, die die Proben untersuchte, erklärte, daß es sich um die reichsten Goldfelder handele, die je entdeckt wurden.

„Herren nationaler Gesinnung . . . ."

Wir lesen im Agrar-Markt folgendes Inserat:

> Gesucht werden zur Bergung der Ernte sechs Herren nationaler Gesinnung, die sich vor keiner Arbeit scheuen. Freie Station, Taschengeld 50 Mk. monatlich. Bettzeug ist mitzubringen. Rittergut Lindenbusch, Croaxgen, Neumark.

Es ist eine traurige, aber deshalb nicht abzuleugnende Tatsache, daß heute noch genug „Herren" arbeitslos herumlaufen, die auf das fürstliche Angebot „Freie Station, 50 Mk. monatlich Taschengeld, Bettzeug ist mitzubringen", einschnappen und den Arbeitslosen anderer Stände den Platz wegnehmen. Wenn in einem solchen Falle nicht die Regierung einschreitet und durch Nachprüfung der Arbeitslöhne und -bedingungen dafür sorgt, daß den Herren Rittergutsbesitzern die Lust zu derartigen Angeboten vergeht, braucht man sich über die Erbitterung der Landarbeiter nicht zu wundern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190902-12/fragment/page=0002

Aus der Provinz.

An alle Ortsgruppen der Freien soz. Jugend!

Die für Sonntag, den 14. September, angesetzte Bezirksjugendkonferenz kann Umstände halber erst am

Sonntag, den 21. September,

stattfinden. Zeit und Ort der Tagung bleiben bestehen.

Anmeldungen der Delegierten, Abrechnungen 2c., müssen demnach bis spätestens 14. September in unseren Händen sein.

Mit freiem soz. Jugendgruß!

Bezirksleitung der Freien sozialistischen Jugend für den Reg.-Bez. Merseburg (Halle).
J. A.: Walter Fehse, Halle, Triftstraße 19.

Wie die Gegenrevolution rüstet!

Kürzlich hielt der rechtssozialistische Parteiausschuß eine Sitzung ab, in der mächtige Brandreden gegen die Gefahr, die der Ebert-Republik von links drohe, gehalten wurde. Von rechts droht keine Gefahr, so dekretierten die famosen Nutznießer der Novemberrevolution. Und während diese Herren ihre Vogelstraußpolitik treiben und den Kopf in den Sand stecken vor den skandalösesten Tatsachen, die sie veranlassen müßten, mit eisernem Besen auszukehren, während Herr Hermann Müller erklärte, links stehe der Feind, während all diese wunderschönen und zuversichtlichen Reden gehalten, rüstet die Gegenrevolution unermüdlich, überzieht sie planmäßig das platte Land mit einem Netz von Munitionsdepots, die unter dem Deckmantel „Schutz vor Felddiebstählen" in den Schlössern der Junker errichtet werden.

Durch einen Zufall ist man einem solchen Versuche auf die Spur gekommen, der da zeigt, wie weit die Verhältnisse schon gediehen sind. Auf dem Bahnhof Roßla bei Sangerhausen haben Bahnarbeiter eine Waffensendung beschlagnahmt, die aus 1500 Gewehren, 19 leichten und vier schweren Maschinengewehren, einer Menge Munition und 16 Kisten Handgranaten bestand. Die Sendung war adressiert an Schloß Stolberg im Harz, zu Händen des Herrn Kammerdirektors Rode in Stolberg. In nächster Zukunft sind noch 18 000 Waffen und eine Million Schuß zu erwarten. Die Mordwerkzeuge der Gegenrevolution sind festgehalten, und in Roßla sichergestellt worden. Der Landrat des Kreises Sangerhausen behauptet keine Ahnung zu haben, woher und wohin diese Waffen bestimmt waren. Inzwischen haben Nachforschungen ergeben, daß die Waffen von Halle kamen, und zwar ist der Absender der Leutnant der Reserve Erich Happel, Befehlsstelle des Zeitfreiwilligenverbandes, Postgebäude, Zimmer 97. Wenn nun auch die Regierung und mit ihr die rechtssozialistischen Verlegenheitsstammler erklären, es gäbe keine Gegenrevolution, so hat das Proletariat, das seine weltgeschichtliche revolutionäre Aufgabe nicht vergessen hat, doch ein Anrecht darauf, zu erfahren, wie es kommt, daß hier auf so unverschämte Weise das Junkertum sich bewaffnen kann, ohne daß sich irgendein amtlicher Widerstand regt. Man wird so lange den Kampf gegen links führen, bis es zu spät sein wird, und bis die Gespenster der Monarchie wieder handfeste und sehr lebensfrohe Diktatoren Deutschlands geworden sind. Wir verlangen die schärfste Untersuchung des angeführten Falles und wir wünschen zu erfahren, ob die Gelder der Steuerzahler dazu da sind, Mordwaffen für die Munitionsdepots der kommenden Junkerrevolution zu bezahlen. Wird dieser Fall nicht aufgeklärt, so müssen wir annehmen, daß es nicht die Schlafmützigkeit der Regierung ist, die an der mangelnden Aufklärung schuld hat, sondern daß die Regierungsmänner bereits selber mit Haut und Haaren der Reaktion verfallen sind, und daß sie den Kampf gegen links nur deshalb führen, um bequemer und ungestörter ihre reaktionären Absichten zu verwirklichen, und um sich bei den kommenden Herren Liebkind zu machen.

Schkeuditz. Schöffengericht. Der Bäckermeister Paul Richter, der Gärtnereibesitzer Finke und dessen Ehefrau, sämtlich aus Schkeuditz, hatten gegen einen Strafbefehl wegen Schleichhandels Berufung eingelegt. Nachgewiesen wurde ihnen, daß sie einen schwunghaften Handel mit Broten betrieben haben. Im Mai d. J. beschlagnahmte der Gendarmeriewachtmeister Bähr in Papitz auf einem Geschirre des Gärtnereibesitzers Finke, unter Rhabarber versteckt, 400 Pfund Brot und einen Sack Weizenmehl. Die Angeklagten gaben zu, schon früher kleinere Mengen, 40 und 60 Pfund Brot, gegen einige Reisebrotmarken an den Händler Rieke in Leipzig abgegeben zu haben. Das Brot stammt aus der Bäckerei des Herrn Richter, und das Ehepaar Finke machte die Schieber. Es gibt zu, für das Pfund Brot 1 Mk. erhalten zu haben. Für den Sack Mehl sind dem Landwirt Bley-Ennewitz von Finke 300 Mk. gezahlt worden. Bley hat gegen seinen Strafbefehl keine Berufung eingelegt. Ueber die Herkunft des Mehles zum Backen des Schieberbrotes herrscht Dunkel. Richter gibt an, daß er drei Zentner Mehl aus der Mühle Felgner zu Ermlitz erhalten hat, die versehentlich nicht gebucht worden seien. Es wäre angebracht, mal in diesen Mühlenbetrieb hineinzuleuchten. Richter erhielt drei Wochen Gefängnis, 500 und 250 Mk. Geldstrafe, Finke drei Wochen Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe, und seine Ehefrau eine Woche Gefängnis zudiktiert.

— **Magistratswahlen.** In der Stadtverordneten-Sitzung am letzten Freitag wurde der Genosse Konrad Müller sen. durch Mehrheitswahl einstimmig zum Beigeordneten, die Genossen Ludwig Betzold, Julius Galle, Ernst Sellmann und der Fabrikbesitzer Herr Richard Held als Magistratsmitglieder durch Verhältniswahl gewählt.

— **Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung.** Am Mittwoch, den 27. August, fand in der Goldenen Sonne eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit der Tagesordnung: Die Betriebsräte in der Verfassung, statt. Die Versammlung war schlecht besucht. In der Diskussion versuchten die Kommunisten für ihre Sache Propaganda zu machen. Ihr mitgebrachter Referent, ein Herr Stülpnagel aus Kaiserslautern, verzapfte aber solch hanebüchenen Unsinn, daß er glatt ausgelacht wurde. Dem Referenten, Genossen Schilling-Leipzig, war es sehr leicht gemacht, ihn glatt abzutun.

Lützen. Stadtverordnetensitzung. Bei Beratung der Zahlung der vollen Teuerungszulage für den Sparkassenrendanten Koch wird nach längerer Debatte, bei der die Fraktion der U. S. P. feststellt, daß die gewährende Teuerungszulage nicht gekürzt werden kann, nach Abstimmung der Beschluß vom 31. Juli aufrechterhalten. Der Anstellung des Beamten Bohne wird zugestimmt und die Magistratsvorlage zwecks Wiederanstellung des Herrn Kufs abgelehnt. Dem Herrn Büchel wird die geforderte Beihilfe zur Absolvierung des Konservatoriums aus der Martzschstiftung bewilligt. Der Anschluß an die Ueberlandzentrale Kulkwitz wird gebilligt und der Magistrat dazu ermächtigt, dazu eine Anleihe bei der städtischen Sparkasse in Höhe von 50 000 Mk. aufzunehmen. Pro Kilowattstunde kostet von jetzt der Lichtzins 1,10 Mk., der Kraftzins 75 Pf. und der städtische Lichtzins 55 Pf. Die Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder soll am Sonntag, den 14. September, vollzogen werden. Der Entfernung der Büsten und monarchischen Bilder aus dem Sitzungszimmer und den Geschäftsräumen des Rathauses wird auf Antrag der U. S. P. nach längerer Debatte gegen die Stimmen der burgerlichen Stadtverordneten beschlossen.

Rüstet zum Internationalen Jugendtag am 7. September 1919!

Nebra. Grundsatztreue Genossen. Am Sonnabend wurde in der Stadtverordnetensitzung die Wahl von vier Magistratsmitgliedern nach dem Verhälniswahlsystem vorgenommen. Die Fraktionen stimmten geschlossen, und das Resultat ergab sieben Stimmen für unsere Genossen, fünf für die Bürgerlichen. Gewählt sind die Genossen Hankel und Saul und die Mischmaschgestalten Krey und Melchior. Dann schritt man zur Wahl des Beisitzers resp. stellvertretenden Bürgermeisters. Und hier spielte sich wieder ein unglaublicher Vorfall ab der erneut beweist, daß die Nebraer Genossen keineswegs die richtigen Leute zu ihren Vertretern gewählt haben, sondern zum Teil Männer, die zwar mit dem Munde unabhängige Sozialisten, im Herzen aber ganz was anderes sind. Die Wahl hatte folgendes überraschendes Ergebnis. Genosse Hankel erhielt eine Stimme, Genosse Saul zwei und der Mischmaschkandidat Herr Krey nicht weniger als neun Stimmen. Dieser Reaktionär warf sich natürlich darauf in Positur und erklärte, er hätte eigentlich keine Wahl annehmen wollen, aber diese Stimmenabgabe sei eine so große Vertrauenskundgebung für ihn, daß er sich verpflichtet fühle, anzunehmen. — So kann es in Nebra nicht weitergehen. Haben die Arbeiter dazu ihre Vertreter in die Stadtstube entsandt, damit diese bei jeder Gelegenheit umklappen wie die Taschenmesser? Anstatt einen unserer Genossen zum zweiten Bürgermeister zu wählen, wählt ein Teil der Arbeitervertreter den stockreaktionärsten Kriegervereinshäuptling, der durch seine ganze bisherige Tätigkeit bewiesen hat, daß er nicht das geringste für Arbeiterinteressen übrig hat. Allerdings nach der Novemberrevolution, da spielte auch dieser Herr den Bekehrten und wurde Volksblattleser, aber jetzt, nun die Reaktion ihr Haupt erhebt, will er mit dem Volksblatt nichts mehr zu tun haben. Wir werden es zu tragen wissen! Aber wie unsere eigenen Genossen einem derartigen Reaktionär Vertrauen entgegenbringen konnten, dafür wird jedem Arbeiter das Verständnis abgehen. Die Hauptschuld an diesem Vorkommnisse trägt der Stadtverordnetenvorsteher Genosse Franz Schmidt, welcher auch schon bei der vor einigen Wochen erfolgten Bürgermeisterwahl dem sozialdemokratischen Bewerber jede Befähigung absprach und für einen vorsintflutlichen Bürgerlichen stimmte. Jetzt hatte er zumindestens die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Fraktion vor der Wahl Stellung dazu nahm. Aber der Grund für diese ganzen Vorgänge ist eben der, daß der Genosse Franz Schmidt die Fühlung möglichst nach rechts behalten will. Ueber diesen Vorfall wird noch gesprochen werden müssen. Die Parteiorganisation verlangt, daß die Genossen, die man mit verantwortungsvollen Posten bekleidet, proletarische und keine bürgerliche Politik betreiben.

Kelbra. Magistratsneuwahlen. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde Genosse August Gerlach zum unbesoldeten Beigeordneten, Genosse Wilhelm Georgi und Herr K. Tröbs zum Senator gewählt. Die Neuwahlen der Kommissionen ergaben keine wesentlichen Veränderungen.

Bitterfeld. Drei Leute überfahren. Am Sonnabend abend fuhr der Leipziger Zug ohne jedes Licht an der Lokomotive in die ganz ungenügend erleuchtete Bahnhofshalle ein. Zwei Bahnbeamte und ein Büfettier, die gerade die Gleise überschritten, wurden mitgerissen und überfahren, ohne daß zuerst jemand etwas merkte. Hernach entdeckte man unter den Wagen die Körper. Zwei der Unglücklichen waren völlig zerstückelt, während der dritte noch lebend in ein Krankenhaus gebracht wurde. Ein Bein und ein Arm sind ihm abgefahren, so daß wenig Hoffnung besteht, ihn am Leben zu erhalten. Schuld an dem Unfall haben weder der Lokomotivführer, noch die Leute selber, die beruflich gezwungen waren, die Gleise zu überschreiten, sondern lediglich die bereits angeführten schlechten Beleuchtungsverhältnisse auf dem Bitterfelder Bahnhofe.

Zörbig. Stadtverordnetensitzung. In der letzten Sitzung wurden die Wahlen des Magistrats vorgenommen. Die Wahl des Beigeordneten ergab zuerst 6 Stimmen für Buchführer Berndt, 5 Stimmen für Kaufmann Gelmroth und 1 Stimme für Bildhauer Bandmann. Die Stichwahl ergab 7 Stimmen für unseren Genossen Buchführer Berndt, 5 Stimmen für den Bürgerlichen, Kaufmann Gelmroth. Da nun auch ein bürgerlicher Stadtverordneter für unseren Genossen gestimmt hat, so haben wir im Magistrat die Mehrheit und nun kann unser Programm auf kommunalem Gebiet verwirklicht werden. Die Wahlen der 4 Magistratsmitglieder fanden nach dem Verhältnis-Wahlsystem statt, und da Stimmengleichheit war, sind für die Bürgerlichen Dr. Roiahl und Kaufmann E. Schaaf, sowie unsere Genossen Bildhauer H. Bandmann und Schuhmacher H. Böckel gewählt. In das Kuratorium des Hellerstiftes (eine kleine Kinderbewahranstalt) wurde unsere Genossin Stadtv. Frau Jurischka gewählt. Die städtischen Verwaltungsdeputationen und Kommissionen wurden, da sie meistens schon dem neuen Stärkeverhältnis der Stadtverordnetenversammlung entsprechen, wiedergewählt resp. neu ergänzt.

— **Jugendversammlung.** Am Donnerstag [...] Scholem-Halle über: Was will die Freie Sozialistische Jugend? [...] klarer, der Jugend leicht verständlicher Weise, überzeugte er die anwesenden Jugendlichen von der Notwendigkeit, sich zusammenzuschließen. Gleichzeitig forderte er sie auf, sich politisch aufzuklären und im revolutionären Sinne tätig zu sein. Der Redner entwickelte dann das Programm der Freien Jugend auf dem Gebiete der Bildungsarbeit und meinte, daß auch der jugendliche Frohsinn nicht zu kurz kommen würde. Nach dem Referat schlossen sich sofort 40 Jugendliche der neuen Ortsgruppe an, die einen provisorischen Vorstand bis zur ersten Mitgliederversammlung wählten. Es herrschte unter den Jugendlichen große Begeisterung für die neue Sache und es wird nun an der Tätigkeit der Jugendgenossen selber liegen, daß aus dieser Begeisterung ernste Arbeit für den Sozialismus entspringt.

Wittenberg. Stadtverordnetensitzung. Der neugewählte Vorsteher Herr Friedrich eröffnete die Sitzung, worauf Herr Bethke als Schriftführer und Herr Balding als Stellvertreter gewählt wurde. Genosse Vetter erhielt nur 9 Stimmen. Bei Beratung des Tarifes zwischen Magistrat und Angestellten, über den man sich im Allgemeinen einig war, beantragten die Bürgerlichen, daß Versammlungen und Zusammenkünfte während der Arbeitszeit nur mit Genehmigung des Magistrats abgehalten werden dürfen, während unsere Genossen meinten, Kenntnisnahme des Magistrats genüge. Es stellte sich heraus, daß die Antragsteller gelegentliches Umherstehen jüngerer Schreibkräfte wohl zu sehr verallgemeinert hatten; jedenfalls haben Versammlungen in der Arbeitszeit noch garnicht stattgefunden. Es kann dies aber künftighin „mit Zustimmung des Magistrats" geschehen. Auch der Tarif mit den Gemeindearbeitern liegt vor. Schweren Herzens gaben die Bürgerlichen ihre Zustimmung. Es wurde den Herren bedeutet, daß manches von dem, was sie für neu hielten, anderwärts schon seit Jahren erprobt sei. Die Bürgerjubiläen, ein alter (wenn auch schöner) Zopf erregte eine längere Debatte, nach der unser Antrag auf Beseitigung abgelehnt wurde. Ein Antrag auf Aufhebung der Kautionen und Versicherungen gegen Veruntreuungen fand einstimmige Annahme. Bei der folgenden Vorlage rächen sich wieder die Sünden der alten Stadtvertretungen, die es unterließen, die Straßen zu pflastern. Nach dem jetzt geltenden Satz bezahlen nämlich die Hausbesitzer bei Pflasterungen pro laufenden Meter 7 Mk. und für Beleuchtung usw. 7,50 Mk. Der Magistrat forderte nun, daß die Hausbesitzer schärfer herangezogen würden, wodurch die dringend werdenden Pflasterungen sich eher ermöglichen ließen. Es wurde aber gegen die Stimmen unserer Genossen beschlossen, die Vorlage zurückzulegen. Eine weitere Vorlage, wonach die Anlieger historischer Straßen bei Neupflasterungen mit 1/3 der Kosten herangezogen werden, wird dagegen angenommen. Eine Forderung der männlichen Angestellten des Fleischbeschauamtes auf Erhöhung der Stundenlöhne wird auf Antrag Wagner dem Magistrat zurückgegeben, da die aufgewendete Arbeitsleistung in keinem Verhältnis stehe zur Zahl der Schlachtungen. Nach einer Reihe geschäftlicher Anträge werden für die Kommunalschulkasse 8225,49 Mark und für das Wasserwerk 5824,63 Mark nachbewilligt. Für die Rückwandererhilfe werden 1000 Mark und für eine Ehrengabe an die Freiwillige Feuerwehr 500 Mark bewilligt. Hierbei forderte Genosse König den Ausbau der Pflichtfeuerwehr; künftige „Ehrengaben" würden von uns abgelehnt. Der Magistrat sagt zu, daß die Pflichtfeuerwehr neu organisiert wird.

Mühlberg. Die Stadtverordneten wählten in der letzten Sitzung vier Magistratsmitglieder und den Beigeordneten, die ersteren auf Grund der Verhältniswahl. Die sozialdemokratische Vorschlagsliste erhielt 10 Stimmen, die der bürgerlichen 7. Jede Liste bekam zwei Mandate. Gewählt wurden die Genossen Naumann und Schneider, von der Gegenseite die Herren Apitz und Diecke. Als Beigeordneter wurde Genosse K. Wendt mit 10 Stimmen gegen Herrn Teiche, der 7 Stimmen erhielt, gewählt. Die angesetzten Kommissionsneuwahlen fanden nicht statt; die Kommissionen wurden so belassen, nur Herr Meßler wurde neu in die Gesundheitskommission gewählt. Nach der Verteilung der Dezernate im Magistrat sollen gegebenenfalls Ergänzungswahlen für die Kommissionen stattfinden. Genosse Naumann begründete namens der U. S. P.-Fraktion einen Antrag über Neuregelung des Bestattungswesens für die Gemeinde. Der Magistrat wurde beauftragt, recht bald einen Entwurf auszuarbeiten und vorzulegen, wobei die minderbemittelten Klassen von den Kosten befreit werden sollen. Dazu gehören unentgeltliche Leichenschau, Begräbnis, Leichenwagen, desgleichen die Vornahme unentgeltlicher Desinfektion. Wie hoch die Einkommensgrenze für die Befreiung festzusetzen ist, bleibt dem Magistrat bei der Vorlage vorbehalten. Einen weiteren Antrag über die Befreiung der niedrigen Einkommen von der Kommunalsteuer wurde vom Genossen K. Wendt für die Fraktion begründet. Beide Anträge hängen eng zusammen und können nur zusammen behandelt werden, um eine für unsere Verhältnisse entsprechende Wirkung für die Minderbemittelten zu erzielen. Betont wurde der Grundsatz: Die ärmeren Einwohner zu entlasten, dafür die Zahlungsfähigen zu belasten. Mit den Grundsätzen unserer Forderungen erklärten sich sogar die Bürgerlichen einverstanden und wollen „Entgegenkommen" zeigen. Ein Zuzugsverbot wurde wegen des Wohnungsmangels beschlossen. Die hiesigen Geschäftsleute protestierten gegen die Konkurrenz des städtischen Elektrizitätswerks bei den Installationsarbeiten für Lichtanlagen. Es wurde ein Ausgleich geschaffen, aber Gemeinde geht über privates Geschäft, das bleibt Grundsatz! Die Polizeiverwaltung wurde ersucht, mehr Schutz den städtischen Anlagen zu widmen und auf Ordnung in allen Sachen der Gemeinde zu halten. Gen. Langhammer fragte an, ob wegen der Eingabe an den Oberpräsidenten in bezug der Einwohnerwehr Bescheid eingegangen sei. Der Bürgermeister verneinte, und erklärte bei Eingang eine sofortige Mitteilung an das Kollegium gelangen zu lassen.

Grünewalde. Turnfest. Am Sonntag feierte der hiesige Arbeiterturnverein sein 25jähriges Bestehen. War der Wettergott den Turnern auch nicht günstig gestimmt, so nahm die Veranstaltung doch einen einigermaßen guten Verlauf. Im Interesse der Heranbildung der Arbeiterjugend wünscht die organisierte Arbeiterschaft dem Verein auch in ferneren Jahren allen Erfolg. Jeder Jugendliche sei auf die freie Turn- und Sportbewegung hingewiesen. Aber auch die erwachsene Arbeiterschaft hat allen Grund, sich mehr als bisher den Arbeiter-Sportvereinen zu widmen. Hinweg mit dem bürgerlichen Mischmasch.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Werner Scholem; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H.; Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; sämtlich in Halle.

Vereins-Anzeiger

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. :: Jahresbeitrag 10 Mk. jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor
Mittwoch, d. 3. Septbr., abends 8 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Frauen- und Mädchenchor.
Dienstag, 9 Uhr, im Volkspark: Singestunde.

Turnverein Fichte.
Vereinslokal: Volkspark. Turnstunden finden statt: Männer-Abteilg. Norden: Dienstags und Freitags von 8 bis 10 Uhr. — Turnerinnen-Abteilung: Mittwochs v. 8 b. 10 Uhr: Oberrealschule, Staudestr. Schüler-Abteilung: Mittwoch von 5—7 Uhr. Schülerinnen-Abteilung: Donnerstag, v. 5—7 Uhr: Volkspark-Turnhalle. Männer-Abteilg. Süden: Montags u. Donnerstags von 7 bis 9 Uhr. Schüler-Abteilung: Mittwoch von 5—7 Uhr. Johannesschule, Liebenauerstraße. Sonntags vormittags von 7½ bis 10½ Uhr: Volkstümliches Turnen und Spiele auf d. Sandanger.
Freunde und Gäste willkommen.
Sonnabend, den 6. September, abends ½8 Uhr, im Volkspark: Versammlung.
Sonntag, den 7. Septbr., auf dem Sandanger Fußball-Wettspiel (Weißenfels-Halle). Nachmittags: Spaziergang durch das Saaletal. Abends: Unterhaltung im Volkspark.
Der Treffpunkt wird in den Turnstunden bekanntgegeben.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Mittwoch, den 3. September, abends 7 Uhr: Treffen auf der Peißnitz. (Volkstänze.)
Donnerstag, d. 4. September, abends 7 Uhr, im Stadtheim, Kl. Berlin 1: Monats-Versammlung.
Sonntag, den 7. September: Wanderung nach Eilenburg u. der Dübener Heide. Abfahrt: Sonnabend, abends 6.13 Uhr, bis Eilenburg. — Wanderung in die Aue, nach Planena — Hohenweiden. Abmarsch: Sonntag, früh 6 Uhr, vom Marktplatz.

Mandolinen-Zirkel Frohsinn Halle (S.)
Jeden Dienstag und Freitag: Uebungsstunden im Restaurant z. Plauderecke, Augustastraße.
Jeden Freitag nach dem 1. u. 15. eines jed. Monats: Vereinsabend daselbst.

I. Hallesches Mandolinen-Orchester Gegr. 1908. (Espana). Gegr. 1908.
Verein z. Pflege nur guter Mandol.- u. Lautenmusik. Uebungsst.: Jed. Freitag, abends 8 Uhr, in Borks Restaur., Kurze Gasse 1.

I. Athletenklub von 1890 in Halle a. d. Saale.
Vereinslok.: Gold. Kette. Sonnab. Uebungsstunde. Jeden Sonnabend nach dem 1.: Versammlung.

Deutsch. Buchbinder-Verbd.
Freitag, den 5. Septbr., abends 8 Uhr: Versammlung bei Köppchen, Unterberg.

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jed. Mittwoch nach dem 1. und 15.: Uebungsstunde in der „Goldenen Kette".

Kröllwitz.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung: Jed. Donnerstag 8-10 Uhr.
Dramatische Abteilung: Jeden Mittwoch 8-10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstag u. Freitag 8-10 U.
Wander- u. Mandolin-Abteilung: Für Mädchen: Mittwoch ½8-½10 Uhr. Für Burschen: Donnerstag ½8-½10 U.
Bibliothek: Donnerstag v. 8-10 Uhr.

Ammendorf.

Arbeiter-Gesang-Verein Ammendorf u. Umgegend.
Dienstag, d. 2. Septbr., abends ½9 Uhr in Teichmanns Restaurant: — Singestunde. — Der Vorstand.

Merseburg.

Gewerkschafts-Kartell Merseburg.
Jeden 1. Donnerstag im Monat, abds. 7½ Uhr: Sitzung im „Thüringer Hof". Der Vorstand.

Wieder erschienen:
Bellamy
Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.
Kart. 3 Mk., Porto 15 Pf.
Volksbuchhandlung, Halle (S.), Harz 42/44.

Engl. Zigaretten
Original „Gold-Flake", 3858
verzollt. feinste Marken billigst. versteuert.
Echter Kau- und Rauchtabak.
Karl Hauffe, Ludwig Wucherer-Str. 3, Ecke Wilhelmstraße.

Lumpen, Wolle, Neutuch, Kaninchenfelle, Papier kauft zu höchsten Tagespr. u. holt auf Wunsch ab 2282
Ludwig, Schwetschkestr. 14.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Makulatur
verkauft
Verlag des Volksblattes.

Am Sonntag morgen erlöste ein sanfter Tod unser liebes
Lottchen
im zarten Alter von 4 Monaten. 3843
In tiefer Trauer
Ernst Kohlmann u. Frau, Klara, gb. Schirrmeister.
Nietleben, d. 1. September 1919.
Beerdigung Mittwoch 4 Uhr in Nietleben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190902-12/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.

Dienstag geschlossen.
Mittwoch $^1/_2$8 Uhr: Beginn 3855
der Winterspielzeit.
In neuer Einstudierung
Drei alte Schachteln
Operette v. Walter Kollo.
Oberspiell. Gust. Bertram.
Vorverkauf eröffnet.
Kasse 10—$1^1/_2$ u. 4—6.

Bad Wittekind.

Mittwoch, 3. September, abends 8 Uhr: *2539
Extra-Konzert,
v. Seifert-Orchester.
Leitung: Musikdirektor
Richard Seifert
Bayr. Militärmusikm. a. D.
Eintrittspreise:
Erwachsene . . 100 Pf.
Kinder . . . . 50 „
Nachzahlung f. Abonn.
Erwachsene . . 50 Pf.
Kinder . . . . 25 „
Freitag, 5. September,
:: **Ehrenabend** ::
für Kapellmstr. O. Haupt.

Galgenberg,

Dampfwäscherei,
Färberei,
Chemische Reinigung.
Stärke-Wäsche
binnen
8 Tagen.

2914

Blätter-Tabak,

garant. rein, ohne Ersatz
Pfundpaket Mk. 25.—,
$^1/_2$-Pfundpaket Mk. 13.—.
H. Witte, Berlin NO. 55,
Elbingerstr. 83. *2513

Vom Abbruch

d. ehemaligen Grafemannschen Scheune in Oberröblingen a. See, Reckstr. 1, sind zu verkaufen: **Dachziegel, Sparren, Rahm., Balken, Stalltüren, Latten, Bruch- u. Mauersteine, Brennholz** und versch. mehr. *2517
Rudolf Merker,
Oberröblingen am See.

Empfehle 2186
Holzpantoffeln
mit pa. Lederblatt
sowie Hölzer
f. ein zweit. Besohlen dazu
Max Fricke, Pantoffelfabrik.
Trothaerstr. 69. Tel. 3885

Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Sorten Felle, Rosshaar u. Wolle kauft
zu höchsten Preisen
A. Weise, 3818
Pelz- u. Fellhandlung.
Kannischestr. 1. Tel. 1667.

Besen u. Bürsten

kaufen Sie am billigsten
im Fabriklager 3631
Artur Renner,
Magdeburger Str. 26.

Fellsammler

erhalten Höchstpreise.
Annahme von Kaninchenfellen zum Gerben.
Gebr. Danglowitz, Fellhd'g.,
Fischerplan 2. 3638

+ Gummi- +
waren, i. best. Friedensqualität, erhalt. Sie bei
Speer,
Große Ulrichstraße 63,
gegenüber Arnold & Troitzsch.

+ Zahn- +
Blättchen, -Bürsten,
Handwaschbürsten kauf.
Sie in best. Qualität bei
Speer, Gr. Ulrichstraße 63,
gegenüber Arnold & Troitzsch.

+ Bandagen +
aller Art erhalten Sie in
Ia Qualität bei 3839
Speer,
Große Ulrichstraße 63,
gegenüber Arnold & Troitzsch.

Würzig für Raucher!

Wir bringen ein in Geschmack und Aroma bedeutend veredeltes Fabrikat, Mischware, in den Handel, welches nach einem zum Patent angemeldeten, verbesserten Verfahren hergestellt ist. Dasselbe ist trotz der mit der Zubereitung der Rohstoffe verbundenen hohen Kosten zu folgenden, unter heutigen Verhältnissen niedrigen Preisen in den Zigarrengeschäften erhältlich!

Miriam Gold
zu **8 Pfg.** d. St.

Miriam
ohne Mundstück
6 Pfg. d. Stck.

Orientalische Tabak- und Zigarettenfabrik
Yenidze, Inh. Hugo Zietz, Dresden.

Achtung, Landarbeiter!

Für den **Saal- und Merseburger Kreis** findet am **Sonntag, den 7. September, vormittags 10 Uhr, in der Kolonnade des Volksparks,** eine

Gaukonferenz

statt. Die Ortsgruppenvorstände werden gebeten, für 100 Mitglieder 1 Delegierten, für mehr als 100 Mitglieder 2 Delegierte zu senden. Die Delegierten müssen über alles informiert sein, auch ist die genaue männliche und weibliche Mitgliederzahl mitzubringen.

Das Erscheinen aller Ortsgruppen ist dringend notwendig. *2525

Für den Saalkreis: G. Hesselbarth.
Für den Merseburger Kreis: M. Kunze.

Zentralverband proletarischer Freidenker.
Ortsgruppe Halle.

Mittwoch, den 3. September, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Goldene Kette, Alter Markt 11:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: Vortrag vom Genossen **Artur Wolf,** Burg bei Magdeburg, über:
Freidenkertum in der neuen Zeit.
Vorstandsbericht und Neuwahl. Unsere weitere Agitation.

Freunde unserer Bestrebungen sind uns stets willkommen. Die Mitgliedschaft kann jeder erwerben, der sich von der Kirche lossagt.

Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen
J. A. des Vorstandes **Hermann Gramann,**
3853 Halle, Merseburgerstraße 97, II.

Piesteritz-Kl.-Wittenberg.

Mittwoch, 3. Septbr., abends $7^1/_2$ Uhr, im Volksheim zu Piesteritz:

Öffentliche Jugendversammlung.

Tagesordnung:
Was will unsere freie Jugend.
Referent: Genosse **Sowitzki, Halle.**
Diskussion.

Um zahlreichen Besuch aller Jugendgenossinnen und Jugendgenossen, sowie aller Arbeiter und Arbeiterinnen bittet
2527 **Der Einberufer.**

U. S. P. Bitterfeld. U. S. P.

Am Mittwoch, den 3. September, abends $7^1/_2$ Uhr, im Gesellschaftshaus:

Mitgliederversammlung.

Buch ist als Ausweis mitzubringen. *2540
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Einen zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Niemegk. U. S. P.

Mittwoch, den 3. Septbr., abends 8 Uhr, im Restaurant von Klein:

Ordentl. Mitglieder-Versammlung.

Reichhaltige Tagesordnung. *2533
Gemeinde-Vorsteher- u. Schöffen-Wahl.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend nötig. **Der Vorstand.**

Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Ein Wohnhaus

mit Garten, $^1/_3$ Morgen Ackerland, Scheune und Stallung gegen **Wohnungsumtausch** in **Ammendorf** oder **Radewell sofort zu verkaufen.** Wohnung erwünscht 1. oder 2. Etage mit Korridor.
*2535 **Beesen, Wörmlitzerstr. 8.**

Dölau.

Donnerstag, den 4. September, abends 8 Uhr, in Langrocks Saal:

Oeffentliche Volksversammlung.

Tagesordnung:
Aus der politischen Situation d. deutschen Arbeiterklasse.
Referent: Abgeordneter **Fritz Kunert.**

Männer und Frauen des schaffenden Volkes! Auf zur Versammlung. 3856

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins (U. S. P. D.).

Garantiert reiner Rauchtabak
rein Havanna 100 Gramm **Mk. 5.00.**
Zigaretten ohne Mundstück reiner Tabak . . von **20 Pf.** an
Englische Zigaretten . . von **35 Pf.** an
Holländer Zigarren von 75 Pf. an.
Amerikanischer Kautabak
Original Heidsiek und Cavendisch
Riegel von Mk. 5.50 an.
Echter Nordhäuser Kautabak
täglich frisch. 3860
Zigaretten-Zentrale
(M. Jasper)
96 Leipziger Strasse 96.

Wo lassen Sie Ihre Kragen, Oberhemden u. Leibwäsche **waschen?**
Nur noch in der

Dampf-Waschanstalt Halloria
Halle a. S.
Marienstrasse 2
2 Minuten vom Riebeckplatz entfernt
Fernsprecher 5692
weil ich dort **binnen 8 bis 10 Tagen** bedient werde.
Auf Wunsch wird auch ausgebessert. 3461

Bratwurst glöckle-Varieté.

3820 Täglich Anfang nachmittags 3 Uhr.
Neuer urkom. Spielplan.
Malwitz-Duo Gesang u. Tanz — **Alfr. Grohmann** der Urkomische — **Lissy u. Harry** Pyramid.-Kraftakt
2 Joestens a. roll. Kugel. — **Horsten-Duo** Verwandl.-Sketch — **und die übrigen neuen erstklassigen Künstler.**
Urkom. Burleske. Das Doppelgesicht.

Beth's Bunte Bühne.

B. B.B.
Das grosse 3819
September-Programm.
Gizela Hidy, Vortragskünstlerin u. Tänzerin.
E. A. Terra, der amüsante Blitz-Modelleur.
Philipp Neuber, mod. Humorist u. Ansager.
Giröhr, humoristischer Zauberkünstler und Zahlentechniker.
Lotte Held, Verwandlungs-Soubrette.
Adolf Goedicke - Greifenberger, mit neuen Instrumenten, ausserdem mimische Darstellungen.
Anni Edelweiss Tirolienne (prolongiert).
Die neue Hauskapelle, unter Leitung des beliebten Violinisten Max Schendler.

Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstr. 14.

Mittwoch von 5 Uhr an: 2187
Oeffentlicher Ball

Ges. Verein „Musica Proibita“.
Mittwoch, den 3. September, im Goldenen Adler, Ammendorf:
Großes Tanzkränzchen.
Freunde und Gönner ladet herzl. ein.
*2537 **Der Vorstand.**
Neueste Tänze! Flotte Musik!

ff. Herrenmoden und Kostüme

spez. Kunststopfen und Handweberei. Brand, Riß, Motten usw. werden der Webart entsprechend wieder hergestellt. Umarbeiten, Wenden, Reparaturen und Aufbügeln wird sachgemäß ausgeführt. 3840
F. R. Ludwig, Krausenstr. 24.
Fernruf 3296.

Ansichtskarten

empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Aufklärung.

Wie werde ich
Volksredner?
Die Praxis in der Redekunst.
Unentbehrl. Handbuch für Volksredner u. Politiker. Gen. 4 Mk., geb. 5,50 Mk. Ferner Dr. med. Huttens Ehefragen 2 Mk., Porto extra. Ausführl. Prospekte kostenlos. *2528
F. A. Hoffmann, Teutschenthal.

Weiss-Fluss
a. veralt. Fälle heilt sicher
Alvitol
ärztlich vielfach erprobt und empfohlen. *2524
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien.
Proben u. Prospekte durch
Max Hahn, G. m. b. H.
Berlin SW. 68.

Herren-Anzug- u. Paletot-Stoffe 3857
sehr preiswert
S. Biletzky,
Leipzigerstr. 103 I.

Wegen Aufgabe des Geschäftes 3852
Schuhmacherei-Einrichtung
zu verkaufen.
Offert. unt. **V. H. 392** an die Expedit. d. Bl.

Liebende
Verlobte
Verheiratete
erhalten kostenlos unseren vertraulichen Prospekt. Sie ersparen sich viel Sorgen und Herzeleid. *2581
E. A. Geschwind, Werdau Sa.
Chemische Fabrikate.

Ein größerer Posten
Preißelbeeren
(pro Pfund 2 Mk.)
sind eingetroffen. 3854
Halloria - Waschanstalt,
Marienstraße 2.

Möbel-Transporte 3158
sowie **Speditionsfuhren** führt sachgemäß aus **Alb. Ackermann,** Thomasiusstr. 15. Tel. 5643

Der große Erfolg!
Der Überfall auf Zug Nr. 3
Amerikan. Wild-West-Sensation.
Bis Donnerstag verlängert.
Dazu der Detektiv-Schlager:
Europa postlagernd
5 Akte.
Der Detektiv
Max Lauda.
Künstler-Kapelle.
Orpheum,
Steinweg 19.
3847

Apollo-Theater.

3850 **Gastspiel**
Kurt Ollers Operetten-Ges.
Täglich abends 8 Uhr:
in glänzender Ausstattung
„Der lachende Ehemann“.
Operette v. E. Eysler.
Ottokar . . R. Feiner a. G.
Vorverk. 9-1 u. 5-$^1/_2$7.

Stadttheater.

Mittwoch, 3. September,
Anf. $7^1/_2$, Ende $10^1/_4$ Uhr:
Martha. 3846
Oper von Flotow.
Donnerstag:
Stein unter Steinen.

Apotheker H. Wicke's
Cikasan,
I. für Kinder,
II. für Erwachsene,
wird von vielen Aerzten gegen **Spul- u. Madenwürmer** mit großem Erfolge verordnet.
Zu haben in Apotheken.
Hauptniederlage:
Apotheke in Reinbek in Holstein. *2401

Häsin mit 6 Jungen zu verk. Felsenstr. 6 b Ir. 3844

Bauschule Rastede (Oldbg.)
Meister-u. Polierkurse
Ausführl. Progr. frei. *1728

Schuhmacher
für dauernd gesucht. 3841
Landwehrstr. 20.

1000 Mk. *2511
monatlich und mehr verdienen allerorts Personen jed. Standes, auch Damen, mühelos durch Übernahme uns. absolut konkurrenzl. Vertretung. Vorkenntn. u. Kapital n. erforderl. Off. u. **A. L. 450** a. d. „Ala“, Leipzig, Petersstr. 11.

Bis **30 M.** tägl. Verdienst, Erwerb oder Nebenerwerb. Prospekt gratis. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig 95. *2062

Konsumverein für Wittenberg u. Umgegend.

E. G. m. b. H.

Da die Anlegung einer neuen Kundenliste angeordnet ist, bitten wir unsere auswärtigen Mitglieder, sich erneut eintragen zu lassen. Die **Eintragung findet vom 1. bis 6. September** statt. Die Lebensmittelkarten sind mitzubringen.
*2539 **Der Vorstand.**

Arbeitsmarkt

Erdarbeiter

für die **Birkhahnunterführung** in **Diemitz** werden auf der **Baustelle** eingestellt. 3851

Krause & Piaskowy,
Eisenbahnbau und Tiefbauunternehmung.

Konsumverein für Jeßnitz und Umgegend, e. G. m. b. H.

Wir suchen **zum 15. September 1919** für unsere Verkaufsstelle
in Wolfen ein Lehrmädchen
nicht unter 15 Jahre alt. *2536
Bewerbungen sind schriftlich bis 10. September an den Vorstand einzureichen.

Tücht. Bergleute

werden bei hohem Lohn für die Gegend von **Hohenmölsen** gesucht.
Zu erfragen bei **Wicht** in Eisleben, Klosterplatz 12. *2534

Geübte Falzerin

sofort gesucht. *2538
Wilh. Knapp, Mühlweg 19.

Suche für sofort zwei selbständige *2526
Elektromonteure.
G. Bornschein, Neumark-Bedra.

Arbeiter

für Straßenbau gesucht.
Meldung: Huttenstraße zwischen Röpziger Straße und Böllbergerweg. 3859

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190902-12/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 2. September 1919.

Der gute Fang.

Aus der Dunkelkammer des Spitzeltums.

Recht interessant ist die Stellungnahme der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse zu der endlichen Verhaftung des üblen Kostespitzels Hartung. Man begnügt sich mit der kommentarlosen Wiedergabe des dürftigen Polizeiberichtes und gibt nur in den Ueberschriften zum Ausdruck, daß man den abgefeimten Schwindler immer noch als „Spartakistenführer" hält. Am tollsten benimmt sich — natürlich — wieder das von Herrn Adolf Thiele verantwortlich gezeichnete Papier, das in sechs Druckzeilen über die „Schwindeleien des Revolutionssubjekts Hartung" berichtet. So charakterisiert die rechtssozialistische Presse die Revolution, indem sie die der Gegenrevolution Zutreibende leistenden Halunken förmlich entschuldigt. Obwohl Hartung aus der Kommunistischen Partei, in die er sich eingeschlichen hatte, sofort ausgeschlossen worden ist, als er seine gemeingefährlichen Umtriebe begann, hindert das die Hallische Presse nicht im geringsten, bei allen seinen Unternehmungen in Tönen selbstgerechter Entrüstung von „spartakistischen Putschen" zu faseln. Wir werden gleich sehen, warum.

Der Dritte in dem famosen Bunde Clauß-Hartung war der auch den schlichten Namen Pludra hörende Barbier, der in seinem vielbewegten Leben schon allerhand, am längsten aber Polizeispitzel niedrigsten Grades gewesen ist. Gleich nach Ausbruch der Novemberrevolution verschaffte er sich eine gute Gnnahmequelle bei den in der Artilleriekaserne hausenden Hintermännern der Gegenrevolution. Zunächst ließ er sich als Mitglied bei der Kommunistischen Partei in Halle einschreiben, wo er sich bald durch auffällig überradikale Gesinnung, seinen in allen Versammlungen bekundeten Blutdurst und sein Geschrei nach Umsturz und Putschen hervortat. Da sich der Verdacht der gemeinen Spitzelei bald in erschreckender Weise bestätigte, wurde auch er wie sein Busenfreund Hartung ausgeschlossen. Das Edenhotel ließ aber nicht locker. Es wurde in Halle schnell ein neuer „Spartakusbund" aufgemacht, der an allen möglichen Orten tagte, die blutrünstigsten Beschlüsse faßte, allerhand Zulauf an verführten und unzurechnenden armen Menschen hatte, und dessen Führer Pludra mit dem Mordgesellen Clauß war. Dieser wegen Landfriedensbruchs bereits abgeurteilte Gefängnisstürmer hat an Gerichtsstelle ja offen zugegeben, daß er seine Streiche nur deshalb vollführt habe, um seine Komplizen nachher ans Messer zu liefern. Dieser zweite, gefälschte Spartakusbund „arbeitete" endlich so, wie die Ehrenmänner aus der Artilleriekaserne es sich nur wünschen konnten. Es herrschte zwischen „Spartakusbund" und Kaserne das beste Einvernehmen. Jetzt wurde „auf Bestellung" gearbeitet. Im Offizierskasino des Artillerieregiments 75 wurden Pläne ausgebrütet und die „Gerüchte" von angeblichen Umsturzversuchen, „Aktionen" und großzügigen Unternehmungen der „Spartakisten" und Unabhängigen in Halle in die Welt gesetzt. Aus diesem Kasino (in Verbindung mit dem prompt arbeitenden Edenhotel) kam das Gerücht, daß Halle die zweite Hochburg der Spartakisten werden sollte, aus diesem Kasino die Gerüchte, daß die Wahlvorbereitungen und die Wahlen zur Nationalversammlung gestört werden sollten. Aus diesem Kasino erhielten aber auch Pludra und Hartung ihre Weisungen, und siehe da: „Es klappte." Zwar tauften sich die wirklichen Führer der Ortsgruppe Halle der K. P. D. die Haare, als die Januarunruhen auf ihr Konto geschrieben wurden, aber was wollten die armen Leute machen? Die „Spartakusputsche" waren eben glänzend organisiert! Von Hartung und Clauß geführte Scharen drangen in das Volksblatt, die Saalezeitung, in die Bureaus der Demokratischen und Deutschnationalen Partei. Heute will man sich in den bürgerlich-rechtssozialistischen Blättern dieser Vorgänge nicht mehr erinnern, weil sie schlecht zu verwenden sind zur Verleumdung des Sicherheitsregiments und der Spartakisten. Pludra hatte andere Aufgaben. Er hatte Größeres vor. Kurz vor dem Einrücken Maerckers gab er zu erkennen, daß er sich zur Ruhe setzen wolle, „er habe bald genug verdient". Aber es kam anders! Er wußte offenbar zuviel und mußte verschwinden. Er wurde von „unbekannten" Landesjägern „ohne" Befehl verhaftet und im Dunkel der Nacht mit der Pistole „erledigt". Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan! Andern Tags fand man seine Leiche in der Liebenauer Straße, und General Maercker sprach sein Bedauern über den Mord aus.

Ein vollwertiger Ersatz für den Erschossenen wurde in der Person seines Mitarbeiters Clauß gefunden. Die Heldentaten dieses Burschen sind bekannt. Daß er, wie höfe Zungen behaupten, sich zu gleicher Zeit im Lazarett und bei allen vier Versprengten-Sammelkompagnien gemeldet und dort Löhnung und Verpflegung empfangen hat, muß zu seiner Ehre als Verleumdung bezeichnet werden; er hat dies nämlich nur bei drei Kompagnien getan. Seine Beteiligung an allen von Pludra und seinen Auftraggebern „arrangierten" Unternehmungen ist erwiesen. Ein Mann von seiner Intelligenz hatte jedoch auch selbständige Aufträge, so z. B. die Plünderung eines Bankgeschäfts und der Post. Schon am Tage vor diesem Geschehnis war nach altem Rezept im Kasino der Artilleriekaserne das dazu gehörige „Gerücht" ausgeheckt worden, nach dem „Spartakus" es auf Post und Banken abgesehen habe. Die entsetzten Führer der wirklichen Spartakusgruppe beschworen das Gegenteil. Trotzdem wurde der Putsch versucht. Bei Einbruch der Nacht erscheint plötzlich an der Post Herr Clauß mit Begleitern, die gemeinsam den Versuch machen, die dort stehenden Sicherheitsposten — Matrosen — zur Plünderung der gerade in diesen Tagen erheblichen Bestände aufzufordern Postkasse zu überreden. Trotzdem die Wächter der Post, die Matrosen, arme Proletarier waren, trotzdem Clauß für seinen gemeinen Plan die rechte Zeit und die rechten Leute gefunden zu haben glaubte, hatte er keinen Erfolg. Die Matrosen verjagten ihn. Auch der sorgfältig vorbereitete, unter seiner Leitung versuchte Bankraub mißlang völlig. Ein zur Ausführung dieses Planes nach Halle gekommener Vizefeldwebel verschwand am andern Tage mit Clauß nach Weimar.

Die Arbeit dieses Spitzeltrios war „gut". Nach heute sitzen die Opfer dieses schändlichen Systems in Untersuchungshaft, um sich wegen angeblicher Vergehen zu verantworten, zu denen die dreckigen Lumpen das „Beweismaterial" lieferten. Das Ganze paßt wunderbar zu der Spitzelmethode, wie sie Noske-Bauer, ganz wie früher, für gut befinden. Von der Kriminalpolizei wird uns übrigens mitgeteilt, daß sie deshalb nicht schon früher gegen Hartung einschreiten konnte, weil sie annahm, er sei noch Soldat. Da hätte man eben schon früher mal bei dem Edenhotel anfragen sollen.

Los von der Kirche!

Ueber: Trennung der Kirche vom Staat, Beseitigung der Religion aus der Volksschule, sprach am Sonntagvormittag in den Thaliasälen Arbeitersekretär Genosse Nistau-Dresden. Die vom Zentralverband der proletarischen Freidenker einberufene Versammlung hatte nicht den gewohnten starken Besuch, weil am Sonnabend und Sonntag anderweitig größere Veranstaltungen der Arbeiterschaft stattfanden. — Sie dürfte erst nach beendigter Kirchzeit, um 11½ Uhr, beginnen. Ob dies geschah, um den Dienern am Wort zum Besuch der Veranstaltung Gelegenheit zu geben, oder um die Achtung der Kirche vor der „demokratischen" Freiheit und Gleichberechtigung der Staatsbürger darzutun, sei dahingestellt.

Der Referent erörterte die Notwendigkeit der Stellungnahme zum Thema: Thron und Altar. Die eine Säule ist geborsten, auch die andere muß noch fallen. Der Mensch hat die Religion gemacht, nicht die Religion den Menschen. Demnach muß sich die Auffassung über die Religion fortentwickeln. Schon im Altertum erkannte man die Religion als gutes Mittel in der Hand der Herrschenden, und so ist es geblieben. Das Volk wird abgespeist mit den Genüssen des Jenseits, die Besitzenden genießen die Gegenwart. In der Volksschule, für welche die staatlichen Aufwendungen gegenüber den höheren Schulen verhältnismäßig viel geringer sind, spielt die Religion die Hauptrolle, trotzdem die Schule nur die Aufgabe hat, die Kinder auf das Leben in dieser Welt vorzubereiten. Die Kirche lehrt Dogmen. Der soziale Boden, die umgebende Lebensatmosphäre ist der Boden, der das Gedeihen des Kindes bedingt. Erst in zweiter Linie kommt die Beeinflussung durch die Erziehung selbst. Moral und Sitte sind durch die Kirche nicht gehoben. Durch die christliche Kulturarbeit im Weltkriege hat sich dies gründlich erwiesen. Wo blieb da das Prinzip der christlichen Nächstenliebe? Der Widerspruch der Kirche zwischen ihrer Theorie und ihren Handlungen ist durch keine Rabulistik zu verdecken. Teils aus materiellem Interesse, teils aus Machtgefühl sträubt sich die Geistlichkeit gegen die sittlich durchaus berechtigte Trennung. Die Arbeiterschaft will keine Religionshandwerker im Dienste des Klassenstaates. Sie muß es ablehnen, ein Scheinchristentum auszuüben und an sich ausüben zu lassen. Darum: Wer sich ernsthaft hinter die sozialistische Forderung der Trennung von Kirche und Staat stellt, sei wahrhaftig gegen sich selbst und erkläre seinen Austritt aus der Kirche.

Der sehr beifällig aufgenommene Vortrag löste eine lebhafte Debatte aus. Ein Herr Konsistorialrat glaubt, daß die Kirche auf dem Wege zu freieren, demokratischeren Formen sei. Was an sozialistischen Gedanten durchführbar ist, ist christlich, was undurchführbar ist, unchristlich. Viel Durchführbares scheinen die Herren Konsistorialräte bisher am Sozialismus allerdings nicht gefunden zu haben, wenigstens war die Bekämpfung des roten Ungeheuers eine Hauptsorge mancher Herren. Ein Mißverständnis passierte dem Herrn Konsistorialrat insofern, als er vom Redner Staatsverneinung gehört haben wollte. Wohl sagte der Referent am Anfang: „Thron und Altar . . . die eine Säule geborsten . . .", aber später: „Das gesamte Volk soll Gottes Sohn sein; wir wollen das ganze Staatswesen zu einer Organisation der Bruderliebe machen." Daß etliche Fürstenschemel umgekippt sind, hat auch ehrliche Demokraten gefreut. Aber wenn man schon über die eine geborstene Säule stolpert, kommt man nicht weit bei der Forschung nach durchführbarem Sozialismus. — Ein anderer Redner vom Verein ernster Bibelforscher hat mit seiner Vereinigung löblich gegen den Krieg gearbeitet und dafür Mißhelligkeiten erduldet. Auch er ist kein Freund der Staatskirche. Im übrigen erfährt er alles Weltgeschehen aus der Bibel. 1921 gibt es keine Fürsten mehr. Auch wußte man vorher, daß 1914 der unglücklich verlaufene Krieg käme. Da sind also die Zigeunerfrauen, die im Kriege die edle Kunst der Chiromantie (Wahrspruch aus den Linien der Hand) betrieben, sowie die Damen im Verein der heiteren Kaffeesatzprophetinnen geschlagen. Eine Lehrerin hielt den Religionsunterricht in der Schule für nötig, war im übrigen ebenfalls der Meinung, daß auf Grund der Wahrhaftigkeit austreten solle, wer mit der Kirche innerlich gebrochen hat. Ein Student der Theologie machte einige nebensächlichere Einwendungen. Als Theologe eilte er zu stürmisch nach der Kanzel — pardon: Rednerpult — und sprach viel zu rasch. Darunter leidet die Salbung.

Im Schlußwort widerlegte der Referent die wenig stichhaltigen Einwände seiner Gegner und rief die Versammlung auf zum Kampfe gegen alle reaktionären Mächte, zum Eintreten für Herbeiführung des Sozialismus. — Der Vorsitzende wies noch darauf hin, daß der Kirchenaustritt keinerlei Kosten mehr verursacht. Die Kirchensteuern sind nur für das Quartal zu zahlen, in dem der Austritt erfolgt. Die mündliche Erklärung des Austritts, die also persönlich erfolgen muß, kann täglich von 10 bis 12 Uhr mittags, im Zimmer Nr. 175 des Amtsgerichts, Poststraße, erfolgen.

Achtstundentag und Sonntagsruhe.

Die Kleinkaufmannschaft greift in ihrem Existenzkampf zu Notwehrmitteln, die auch der breiten Oeffentlichkeit ihren rückständigen Charakter offenbaren. Der reaktionäre Kern der Organisation der selbständigen Kleinhändler zeigt sich schon in ihrer politischen Vertretung. Sie befinden sich vollständig im Fahrwasser der Deutschnationalen Volkspartei. Das Referat des Stadtrates Fuchs-Erfurt auf dem vorige Woche hier abgehaltenen Verbandstage der Rabatt-Sparvereine über: Achtstundentag und Sonntagsruhe in ihrer Bedeutung für das Handelsgewerbe war ein scharfer Angriff auf die Angestellten und Arbeiter im Kleinhandelsgewerbe. Der Achtstundentag sei für den Kleinkaufmann unannehmbar, da er nicht die Eigenart des Kleinhandels berücksichtige. Die Höhe der Arbeitsstunden müsse den einzelnen Berufskreisen überlassen bleiben. Das könnte den Herren so passen, den Arbeitstag ins Ungemessene auszudehnen. Wenn sich die Kleinhandelsbetriebe der Konkurrenz des Großkapitals nicht mehr erwehren können, müssen sie eben vom Schauplatz der Warenverteilung abtreten. Die trotz aller Widerstände der Regierung und ausschreibare Sozialisierung läßt sowieso keinen Raum mehr für sie. Die Zeiten sind vorüber, wo man sich auf Kosten der Angestellten und Arbeiter einigermaßen lebensfähig halten konnte. Daß die Angestellten und Arbeiter einen Vorstoß auf den Achtstundentag zu gewärtigen hat, ging aus den Ausführungen klar hervor. „Bei den Herren in Regierungskreisen sei heute das Zustandekommen des Gesetzes über den Achtstundentag leid geworden; und man fängt an, sich der Verantwortung hierüber bewußt zu werden." Dieser Versuch zeigt die reaktionäre Tendenz, alle Errungenschaften der Revolution nach und nach zu vernichten. In einer Entschließung wurde gegen die Einführung der achtstündigen Beschäftigungszeit der Angestellten und Arbeiter aufs schärfste protestiert und von der Reichsregierung die neunstündige Arbeitszeit verlangt. Auch über die Sonntagsruhe wurde eine Entschließung angenommen, wonach für Städte und Gemeinden unter 25 000 Einwohnern eine zweistündige Beschäftigungszeit, und zwar von 11 bis 1 Uhr zugelassen werden soll.

Die Aussprache über den Vortrag zeigte die Rückständigkeit und Unfähigkeit des Kleingewerbes, seine soziale Lage zu verstehen. Das ging sehr drastisch aus den Ausführungen des Kaufmanns Schmidt-Mauer hervor, der über Pflege und Ausbau der Rabatt-Sparbewegung sprach. Die Rabattmarke als wertvolles Abwehrmittel gegen das Vordringen des Großkapitals zu empfehlen, wird sicher mit homerischem Gelächter aufgenommen werden. Dabei ist die Rabattmarke ein verwerfliches und unsoziales Lockmittel, da der Käufer den Rabatt beim Warenpreis mit zahlen muß. Neidisch blickte der Vortragende auf die Entwicklung der Konsumvereine, die durch die Zwangswirtschaft begünstigt worden seien und gestärkt in die Uebergangswirtschaft eintreten. Das sind eben Großbetriebe, die von der Entwicklung getragen werden und sich nicht wie die Kleinbetriebe dem Fortschritt entgegenstemmen müssen. Um den Verfall des Kleinhandels aufzuhalten, sind auch Abwehrfonds gegen die Sozialisierung mühelos. Sie erleichtern nur die Taschen der Sparvereine und geben den reaktionären Hintermännern die Mittel zu einer Politik, die ihren Interessen zuwiderläuft.

---

* **Achtung, Genossinnen!** Die heute fällige Frauenversammlung der U. S. P. muß umständehalber verschoben werden. Die Zusammenkunft findet am Dienstag, den 9. Septmeber, statt.

* **Freie Jugend.** Heute abend 8 Uhr im Volkspark „große öffentliche Jugendversammlung. Genosse Gumberts-Berlin spricht über die Geschichtliche Entwicklung des Marxismus. Die erwachsene Arbeiterschaft ist ebenfalls eingeladen. Morgen, Mittwoch abends 8 Uhr, im Volkspark, Versammlung der Schülerräte. Vertreter der eingeladenen Klassen sowie Interessenten haben ebenfalls Zutritt.

Am Sonntag, den 7. September, Internationaler Jugendtag!

* **Quertreiber im Eisenbahndienst.** Seit einiger Zeit läuft durch die bürgerliche und rechtssozialistische Presse das Gerücht von zahlreichen Entlassungen im Direktionsbezirk Halle. Das gibt nun gewissen Herren Anlaß, gegen die im Deutschen Eisenbahnerverband organisierten Arbeiter und Beamten mit den üblichen gemeinen Mitteln Propaganda zu machen. Jetzt läßt man Versuchsballons los, um diese Arbeiter und Beamten zu bewegen, in andere Verbände, z. B. dem berühmten Trierschen (Allgemeinen) Verband, Beamtenbund, Lokomotivführerverband und wie diese Klingelvereine heißen, einzutreten. Damit wären die im Eisenbahndienst Beschäftigten vor Kündigung geschützt. Bedauerlich ist es, daß es noch Kollegen gibt, die aus Unkenntnis oder Egoismus und persönlichen Vorkommnissen diese schmutzige Wäsche zum Gaudium der gelben Organisation mitmachen. Gerade der Führer des gelben Verbandes, Herr Niedel, erklärte im Senftenberg, als er von einem Kollegen des D. E. V. über das Denunzianten- und Spitzelwesen des Allgemeinen Verbandes berichtete, daß dieser froh sei, durch ihn nochmals geholfen zu werden, wenn er vor der Tür säße. Und dieses im Beisein von Regierungsräten usw. Vielleicht freibt auch hier die gelbe Gesellschaft ihr frivoles Spiel. — Eisenbahner, laßt euch nicht irre machen. Ihr habt einer gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht und das Recht, jeder freien Gewerkschaft anzugehören. Diejenigen, die mit unwahren, heuchlerischen Mitteln versuchen, gegen Mitglieder des D. E. V. ihr verwerfliches Treiben fortzusetzen, sind bezahlte Agenten und Verräter an sämtlichen Eisenbahnern. Solche Elemente sollten in der Oeffentlichkeit gekennzeichnet werden. Glaubt nicht, daß ihr einen Pfennig mehr bekommt oder schneller in andere Positionen rückt, oder von Entlassungen geschützt seid, wenn ihr der Organisation den Rücken kehrt. Das Gegenteil wird eintreten. Als vollentlaste Masse werdet ihr behandelt werden. Nur durch energisches Auftreten für eure Organisation seid ihr in der Lage euch vor allem zu schützen. Hoffentlich nimmt der Arbeiterbeirat hiervon Notiz, um endlich in den Betrieben eine öffentliche Erklärung abzugeben.

* **Einstellung der Fischzufuhr.** Vor einigen Tagen berichteten wir über die Drachlegung der Binnenschiffahrt infolge der mangelhaften Kohlenzufuhr. Jetzt kommt auch von der Hochseefischerei die gleiche Mitteilung. Von der Cuxhavener Fischerflottille läuft diese Woche nur ein Dampfer ein, und in der nächsten Woche werden zwei Dampfer zurückwarten, während die übrigen wegen Kohlenmangels stillegen. Die Fischzufuhr wird dadurch sehr gering sein und sich zweifellos durch starke Preissteigerung der auf dem Markt befindlichen Fische wieder bemerkbar machen. So wird der armen Bevölkerung durch die verbrecherische Wirtschaftspolitik der unfähigen Regierung auch noch die so notwendige Fischnahrung verteuert und entzogen.

* **Fettpolonaise.** Aus dem Arbeiterrat wird uns geschrieben: „In den letzten Tagen der vorigen Woche konnte man wieder einen Sturm auf Läden beobachten, in welchen Fett zum Verkauf gebracht wurde. Es ist dies begreiflich, da alle Fettwaren vergriffen waren. Wir können zur Beruhigung des Publikums mitteilen, daß bereits größere Mengen Fett zu annehmbaren Preisen im Anrollen begriffen sind. Deshalb braucht sich niemand anzustellen, drängeln und stoßen zu lassen. Es haben sogar Prügeleien stattgefunden. Diese Beunruhigung ist hauptsächlich auf einen Teil preistreibender Fleischer und Händler zurückzuführen. Der Tagespreis für Fett ist auf 11,80 Mk. festgesetzt, welcher nicht überschritten werden darf. Bezeichnend für die Moral der bürgerlichen Presse ist es, daß sie unsere Aufklärungsartikel einfach unterschlägt und sich dadurch zu Mitschuldigen an den Preistreibereien macht. Wir werden für die Zukunft diese Sorte Presse nicht mehr belästigen."

In diesem Zusammenhange möchten wir den Inhalt einer Zuschrift wiedergeben, in welcher davon die Rede ist, daß in der Stadt Gerüchte kursieren, die hiesigen Fleischer kauften das amerikanische Schmalz von einer bekannten Hallischen Großhandelsfirma zu einem sehr billigen Preise. Man spricht davon, daß der Einkaufspreis 5 bis 6 Mk. für das Pfund betragen solle. Der Einsender fragt, wie es komme, daß der Einkaufspreis mit Genehmigung der Stadt auf 11 Mk. festgesetzt werden konnte. Das wäre doch, wenn sich die Tatsachen so verhielten, Wucher schlimmster Art. Wir erwarten, daß der Arbeiterrat die Angelegenheit sofort untersucht und der Oeffentlichkeit eine beruhigende Erklärung gibt.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, abend 7½ Uhr wird Ludwigs Erbförster mit Eugen Teuscher in der Titelrolle gegeben. Mittwoch: Martha. Donnerstag: Stein unter Steinen. Freitag: Hannerl. Sonnabend: Einsame Menschen. Sonntag: Götterdämmerung. Da die Aufführung bereits um 6 Uhr beginnt, kann diesen Sonntag eine Nachmittagsvorstellung nicht stattfinden.

* **Apollotheater.** Der lachende Ehemann. Einen heiteren Abend bereitet diese satirische, an feiner Ironie reiche Operette. Diesmal ist wirklich der Ehemann der lachende Teil, der sonst in solchen Operetten den Dummen spielt. Mit gutem Humor stellt Herr Hermann Feimer den Ottolar Brückner als lachenden Ehemann dar. Robert Luther als Piepelhuber ist recht originell. Im großen und ganzen sind alle Rollen gut vergeben, so daß jeder Künstler sein bestes geben konnte. Beifall wurde reichlich gespendet, selbst Kurt Olfers als Spielleiter erschien vor der Rampe.

Ammendorf. Alle Funktionäre der U. S. P. und der Gewerkschaften, die Vorstände der Arbeiter-Sportvereine und der Freien sozialistischen Jugend, werden nochmals auf die im Burgschlößchen am Donnerstag, den 4. September, abends 8 Uhr, stattfindende Konferenz aufmerksam gemacht.

Bruckdorf. Gefährliches Spielzeug. Durch das Spielen mit Sprengkapseln einer Handgranate büßte der achtjährige Schulknabe Meißner drei Finger der rechten Hand ein. Er hatte die Kapseln auf dem Schuttabladeplatz der früheren Rappsilberschen Sandgrube gefunden. Eltern und Lehrer sollten die Kinder vor dem Betreten dieses Platzes warnen.

Könnern. Stadtverordnetenversammlung. Die Sitzung wurde zum großen Teil durch Neuwahlen ausgefüllt. Bei der Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder erhielten die bürgerlichen Herren Jacoby und Boelcke, sowie die Genossen Albrecht und Wetzel je acht Stimmen. Herr Jacoby wurde dann als Beigeordneter wiedergewählt. Bei den Neuwahlen der verschiedenen Kommissionen (Armen-, Flur-, Bau-, Kassen- und Finanzkommissionen usw.) erhielten der Mandatszahl entsprechend die Genossen der U. S. P. ihre Vertretung. Um den Steuerausfall von 20 965 Mk. zu decken, sollen nur juristische Personen herangezogen werden. Die Einladung zum Stadtetat wurde abgelehnt. Zur Verhandlung kam zum Schluß ein Dringlichkeitsantrag des Gen. Peter, wonach die Kohlenverteilung durch den Arbeiterrat beibehalten werden soll. Nach lebhafter Aussprache wurde der Antrag von den Bürgerlichen abgelehnt. Die Arbeiterschaft von Könnern wird sich der Herren erinnern, wenn sie im nächsten Winter ohne Kohlen ist.

Könnern. Aus der Partei. Eine außerordentlich gut besuchte Parteiversammlung der U. S. P. nahm den Bericht der Genossin Fiedler über die in Halle stattgefundene Frauenkonferenz entgegen. Zu Magistratsmitgliedern wurden die Genossen Albrecht und Wetzel, als Ersatzmänner die Genossen Fiedler und Langheinrich vorgeschlagen. Eine rege Aussprache entspann sich über die dritte Internationale, wobei die Uebereinstimmung mit Halle festgestellt wurde.

Quittung.

Nachträglich gingen folgende Beträge ein von Angestellten und Elektrizitätswerk 207,40 Mk., P. K. 17,60 Mk. Liste 184 Sachse u. Hesse-Seeben 15 Mk.

Das Parteisekretariat des Sozialdemokratischen Vereins für Halle-Saalkreis. U. S. P. D.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190902-12/fragment/page=0005

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Ausländisches Weizenmehl.

Die Ausgabe der Einfuhr-Zusatzkarten für Auslandsmehl Nr. 17 bis 20 findet in der Woche vom 1. bis 6. September 1919 gleichzeitig mit der Ausgabe der Brotmarken in den städtischen Ausgabestellen statt. Die einzelnen Marken werden zu gegebener Zeit durch besondere Bekanntmachungen in Gültigkeit gesetzt werden. Weiter wird unter Bezugnahme auf Ziffer 5 unserer Anordnung vom 16. April 1919 über ausländisches Weizenmehl bestimmt: 1. Auf Nr. 16 der Einfuhrzusatzkarte für Auslandsmehl kann in der Zeit vom 1. bis 10. September 1919 250 Gramm ausländisches Weizenmehl zum Preise von 40 Pf. oder die gleiche Menge inländisches 94 proz. Weizen- oder Roggenmehl zum üblichen Preise von 18 bezw. 16 Pf. bei den Mehlkleinhändlern entnommen werden. 2. Die Mehlkleinhändler (Mehlhändler, Bäcker, Konsumvereine) haben die eingenommenen Marken (Nr. 16 der Einfuhrzusatzkarte für Auslandsmehl) bis zum 13. September 1919 an die Brotmarken-Annahmestelle im Roten Turm abzugeben.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule, am Mittwoch, den 3. September.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 62501—65000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 65001 bis 69000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 60 Gramm zum Preise von 40 Pf. abgegeben werden.

Der Verkauf von Quark

erfolgt am Mittwoch, den 3. September, auf den Abschnitt 15 für die eingetragenen Kunden bei der Milchhändlerin Ebert, Gr. Brunnenstr. 54, Milchhändlerin Jäckch, Gr. Brunnenstr. 16, dem Milchhändler Bergholz, Weißenburger Str. 12 und in der Verkaufsstelle der Merbitzer Molkerei, Freiimfelderstr. 8. Auf jeden Abschnitt wird ¼ Pfund abgegeben. Der Preis für ¼ Pfund Quark beträgt 70 Pfennig.

Der Verkauf von **Marmelade** beginnt am Mittwoch, den 3. September. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 130 Pf. für das Pfund Marmelade. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 388 des Warenbezugscheines 24.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden **Ackerbohnen** am Mittwoch, den 3. und am Donnerstag, den 4. September 1919, abzuholen.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 24. April 1919, betreffend die **Kohlenversorgung** für den Stadtkreis Halle für die Zeit vom 1. Mai 1919 bis 30. April 1920, wird folgendes bestimmt: 1. Während des Monats September gelten beim Einkauf kleiner Kohlenmengen von der gelbroten Kohlenkarte (4. Ausgabe) die Nummern 4—6 und von der für Haushaltungen mit mehr als 7 Personen bereits ausgegebenen braunen Kohlenkarte (3. Ausgabe) die Nummer 2 als vorzugsberechtigt. Die Kleinhändler sind verpflichtet, an ihre Kunden auf jede dieser Nummern ½ Zentner Briketts ohne Rücksicht auf die Versorgung anderer Verbraucher abzugeben, brauchen aber nicht mehr als ½ Zentner auf einmal abzugeben. 2. Die Kleinverbraucher sind verpflichtet, ihren Bedarf bei demjenigen Kleinhändler zu decken, bei dem sie als Kunde angemeldet sind. Die vorzugsweise Abgabe von Briketts auf die noch nicht freigegebenen Nummern ist verboten. 3. Jeder Ankauf oder Verkauf von Kohlen ohne Marken oder Bezugsscheine ist verboten. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit den im § 29 der eingangs erwähnten Verordnung festgesetzten Strafen belegt.

Durch die Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 26. August 1919 R.G.B., S. 1477 sind außer Kraft getreten die Bestimmungen §§ 9 und 11—13 der Verordnung vom 10. Juni (23. Dezember 1916), wonach Web-, Wirk- und Strickwaren und die aus ihnen gefertigten Erzeugnisse, ferner Schuhwaren nur gegen Bezugsschein zu Eigentum oder zur Benutzung überlassen werden durften. Die genannten Waren dürfen daher künftig ohne Bezugsschein verkauft werden. Bezugsscheine werden nicht mehr ausgestellt.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung Seite 265) und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung Seite 195) wird mit Zustimmung des Kreisausschusses für den Umfang des Saalkreises folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

In den Monaten Mai bis einschließlich November ist das Betreten der Feldmarken, Forsten und Wälder außerhalb der ordentlichen Wege und Straßen in der Dunkelheit, d. h. in der Zeit zwischen einer Stunde nach kalendermäßigem Sonnenuntergang und einer Stunde vor kalendermäßigem Sonnenaufgang nur mit schriftlichem Ausweis der Ortspolizeibehörde gestattet.

§ 2.

Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mk., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft. *3849

§ 3.

Diese Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft.

Halle, den 29. August 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Bekanntmachung.

In der in der Halleschen Zeitung und im Volksblatt veröffentlichten Schauordnung für den Saalkreis für den Wasserlauf der Fuhne muß es im § 2 unter Nr. 8a heißen: Landwirt Wilhelm Pommer in Mitteledlau.

Halle, den 27. August 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
*2869 von Krosigk.

Merseburg.

Ausgabe von Butter und Margarine

am Sonnabend, den 6. September. Es werden zugeteilt: 50 Gramm Butter zum Preise von 60 Pf. und 100 Gramm Margarine zum Preise von 66 Pf. Auf jede Zusatzfettmarke (nur mit dem Aufdruck K) 50 Gramm Butter zum Preise von 60 Pf. Fettmarken mit dem Aufdruck G und dem roten Aufdruck L sind nur mit je 50 Gramm Margarine zu 33 Pf. zu beliefern.

Merseburg, den 1. September 1919.
L. A. II. 2538/19. Das städt. Lebensmittelamt.

Ausgabe von Süßstoff

auf Bezugsschein und Quittung Nr. 95 des Lebensmittelheftes vom Mittwoch, den 3. September 1919 an, in den Apotheken und Drogerien. Es werden gegen gleichzeitige Abgabe von Bezugsschein und Quittung Nr. 95 des Lebensmittelheftes zugeteilt an die Haushaltungen mit 5 Personen 3 Päckchen, Haushaltungen mit 6—7 Personen 4 Päckchen, Haushaltungen mit 8—9 Personen 5 Päckchen, Haushaltungen mit 10 u. mehr Personen 6 Päckchen zum Preise von 50 Pf. für 1 Päckchen. Abgabe der eingenommenen Bezugsscheine und Quittungsabschnitte Nr. 95 an die städtische Lebensmittelverteilungsstelle am Montag, den 8. September cr. mit dem vorgeschriebenen Verkaufsbericht.

Merseburg, den 30. August 1919.
Zu L. A. II. 2532/19. Das städt. Lebensmittelamt.

Kleinhandelshöchstpreis für Milch.

Die Höchstpreise für Milch werden unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 31. Juli 1919 — L. A. II. 2218/19 — im Kleinhandel für den Bezirk der Stadt Merseburg wie folgt festgesetzt: Im Verkauf durch Milchhändler oder Milchverkaufsstellen, Vollmilch das Liter 72 Pf., Butter- und Magermilch das Liter 34 Pf. Die Preisfestsetzung tritt mit dem 1. September 1919 in Kraft.

Merseburg, den 31. August 1919.
L. A. II. 2587/19. Der Magistrat.

Verordnung über Inlandeier.

Auf Grund der §§ 12 und 15 Absatz 3 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 607) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1915 und vom 4. Juni und 6. Juli 1916 (R.-G.-Bl. 1915 S. 728 und 1916 S. 439 und 673) wird gemäß Anordnung des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung vom 24. Mai 1918, VI. b. 1712 für die Provinz Sachsen bestimmt:

§ 1. Als Richtpreis für den Verkauf von Inlandeiern durch den Erzeuger wird bis auf weiteres 60 Pf. für ein Ei festgesetzt. Wer diesen Richtpreis überschreitet, setzt sich der Gefahr einer Bestrafung nach der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 (R.-G.-Bl. S. 395) aus.

§ 2. Die Verordnung tritt am 1. Juli in Kraft.

Magdeburg, den 21. Juni 1919.

Der Oberpräsident. gez. von der Schulenburg.

Veröffentlicht: Merseburg, den 1. Sept. 1919.
Gesch. Nr. L. A. II. 3304/19. Der Magistrat.

Neue Milchverkaufsstelle Heinicke

befindet sich Clobigkauerstr. Nr 4, nicht Nr. 3.

Merseburg, den 1. September 1919.
L. A. II. 2539/19. Das städt. Lebensmittelamt.

Bekämpfung der Wohnungsnot.

Mit Ermächtigung des Herrn Staatskommissars für das Wohnungswesen wird für den Bezirk der Stadt Merseburg folgendes bestimmt:

1. Ohne vorherige Zustimmung des Magistrats ist es verboten: a) Gebäude oder Teile von Gebäuden abzubrechen; b) Räume, die bis zum 1. Oktober 1918 zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren, zu andern Zwecken, insbesondere als Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- oder Geschäftsräume zu verwenden; c) mehrere Wohnungen zu einer zu vereinigen. Die Zustimmung darf nur versagt werden, wenn das Mieteinigungsamt sich mit der Versagung einverstanden erklärt hat.

2. Der Verfügungsberechtigte hat unverzüglich Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik-, Lager-, Werkstätten, Dienst- oder Geschäftsräume oder sonstige Räume unbenutzt sind. Er hat dem Beauftragten des Magistrats über die unbenutzten Wohnungen und Räume, sowie über deren Vermietung Auskunft zu erteilen und ihm die Besichtigung zu gestatten. Als unbenutzt gelten Wohnungen und Räume der bezeichneten Art, wenn sie völlig leer stehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne Härte zugemutet werden kann, oder wenn der Verfügungsberechtigte seinen Wohnsitz dauernd oder zeitweilig in das Ausland verlegt hat. Als unbenutzt gilt ferner auch eine eingerichtete Wohnung, die von dem Verfügungsberechtigten deshalb nicht dauernd benutzt wird, weil er innerhalb oder außerhalb des Gemeindebezirks noch eine andere Wohnung, nämlich seine Hauptwohnung, besitzt. Jeder, der mehrere Wohnungen besitzt, hat hiervon unverzüglich dem Magistrat (Wohnungsamt) Anzeige zu erstatten und dabei anzugeben, welche Wohnung als seine Hauptwohnung anzusehen ist, die er zu bewohnen wünscht.

3. Hat der Magistrat dem Verfügungsberechtigten für eine unbenutzte Wohnung oder für andere unbenutzte Räume, die zu Wohnzwecken geeignet sind, einen Wohnungsuchenden bezeichnet, und kommt zwischen ihnen ein Mietvertrag nicht zustande, so setzt auf Anrufen des Magistrats das Mieteinigungsamt, falls für den Verfügungsberechtigten kein unverhältnismäßiger Nachteil zu besorgen ist, ein Mietvertrag fest. Der Vertrag gilt als geschlossen, wenn der Wohnungsuchende nicht innerhalb einer vom Mieteinigungsamte zu bestimmenden Frist bei diesem Widerspruch erhebt. Das Mieteinigungsamt kann dabei anordnen, daß die Stadtgemeinde Merseburg an Stelle des Wohnungsuchenden als Mieter gilt, und berechtigt ist, die Mieträume dem Wohnungsuchenden weiter zu vermieten.

4. Auf Anforderung des Magistrats hat der Verfügungsberechtigte der Stadt unbenutzte Fabrik-, Lager-, Werkstätten, Dienst- oder Geschäftsräume oder sonstige Räume zur Herrichtung als Wohnräume gegen Vergütung zu überlassen. Das Mieteinigungsamt bestimmt die Höhe der Vergütung und die Zahlungsbedingungen, wenn eine Einigung hierüber nicht zustande kommt. Der Magistrat ist berechtigt, den Gebrauch der hergerichteten Räume einem Dritten zu überlassen, insbesondere sie zu vermieten. Die Räume werden nach Fortfall der dem Magistrat zur Beschlagnahme erteilten Ermächtigung dem Verfügungsberechtigten in einer angemessenen Frist zurückgegeben. Die Frist bestimmt, wenn eine Einigung nicht zustande kommt, das Mieteinigungsamt. Auf Verlangen des Berechtigten hat der Magistrat den der früheren Zweckbestimmung und Ausstattung entsprechenden Zustand der Räume wieder herzustellen.

5. Die Bestimmungen nach Punkt 3 und 4 werden ausgedehnt: a) auf benutzte, im Verhältnis zur Zahl der Bewohner übergroße Wohnungen hinsichtlich solcher für den Wohnungsinhaber oder Vermieter entbehrlicher Teile, die ohne erhebliche bauliche Aenderungen zur Verwendung als räumlich und wirtschaftlich selbständige und gesundheitlich einwandfreie Wohnungen abgetrennt werden können; b) auf einzelne benutzte entbehrliche und für eine Abgabe an einzelne Personen ohne selbständigen Haushalt passend gelegene Räume auch dann, wenn eine wirtschaftliche Abtrennung im Sinne des Absatzes 1 nicht möglich ist und die Wohnung im Verhältnis zur Zahl der Bewohner übergroß ist. Der Magistrat kann verlangen, daß diese Räume mit verfügbaren Einrichtungsgegenständen gegen angemessene Entschädigung wohnlich ausgestattet werden; c) auf benutzte Fabrik-, Lager- und Werkstätten, Dienst-, Geschäfts- und sonstige Räume, gewerbsmäßig ausgenutzte Gasträume in Hotels, Pensionen und dergleichen. Die Auskunfts- und Besichtigungspflicht nach Punkt 2 Absatz 2 wird auch auf die Räume zu a, b und c erstreckt. Darüber, ob die Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der Magistrat (Wohnungsdeputation).

6. Die über eine Wohnung verfügungsberechtigten Personen haben die Zahl der Zimmer, sowie die Anzahl der Personen ihres Haushalts auf Verlangen dem Wohnungsamt anzuzeigen.

7. Mietverträge mit einem neuen Mieter können von dem Verfügungsberechtigten rechtswirksam nur mit vorheriger Genehmigung des Mieteinigungsamtes abgeschlossen werden. Der Antrag auf Genehmigung ist mündlich oder schriftlich unter Vorlegung der Vertragsurkunde spätestens 3 Tage nach Vertragsabschluß, unbedingt aber vor Einzug des neuen Mieters, beim Mieteinigungsamt anzubringen. Ist kein schriftlicher Vertrag abgeschlossen, so sind bei Antragstellung folgende Angaben zu machen: Name und Stand des neuen Mieters, dessen bisherige Wohnung, Lage und Größe der Wohnung nach Zahl und Art der Zimmer, bisheriger und neu vereinbarter Mietpreis, Mietsdauer. Desgleichen unterliegt die Untervermietung von Wohnungen und Wohnungsteilen, sowie die Vermietung möblierter Wohnungen durch die Hauseigentümer oder sonstige dinglich Berechtigte der vorherigen Genehmigung des Magistrats (Wohnungsamt). Im Falle der Versagung der Genehmigung ist die Beschwerde an das Mieteinigungsamt binnen einer Woche nach Zustellung der Versagung zulässig.

8. Personen, die von auswärts zuziehen und außerhalb noch eine eingerichtete Wohnung haben, dürfen in Merseburg eine Wohnung nur mit vorheriger Genehmigung des Mieteinigungsamtes in Benutzung nehmen. Dies gilt insbesondere von solchen Personen, die in Merseburg ein Haus kaufen und dieses dann zu ihrer Wohnung verwenden wollen.

9. Nach der Polizeiverordnung vom 20. Oktober 1917 P. I. 9332/17. — mit Nachtrag vom 4. Dezember 1918 — P. I. 8146/188. — müssen alle Hausbesitzer oder deren Stellvertreter jede Wohnung einschließlich möblierter Zimmer und Schlafstellen innerhalb 3 Tagen nach Kündigung oder Freiwerden der Polizeiverwaltung melden unter Angabe der Zahl der Räume, des Mietpreises und sonstiger Bedingungen.

10. Alle in dieser Bekanntmachung dem Mieteinigungsamte vorbehaltenen Entscheidungen sind endgültig.

11. Mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. wird bestraft: 1. Wer einem vom Magistrat gemäß Punkt 1 erlassenen Verbote zuwiderhandelt; 2. Wer einer vom Magistrat in Ausführung der vorstehenden Ermächtigung erlassenen Anordnung zuwider vorsätzlich eine Anzeige oder eine Auskunft nicht oder nicht rechtzeitig erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder eine Besichtigung nicht gestattet.

12. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. Mit diesem Tage treten außer Kraft: 1. Bekanntmachung des Magistrats vom 27. November 1918 — M. A. 728/1. — Teil I, Bekämpfung des Wohnungsmangels; 2. Bekanntmachung des Magistrats vom 13. Mai 1919 — VII 603/19. —; 3. Bekanntmachung des Magistrats, Genehmigung von Mietverträgen betr. vom 5. Juni 1919 — VII. 795/19. —

Merseburg, den 16. August 1919.
VII. 1282/19. Der Magistrat.

Mieterschutz.

Mit Ermächtigung des Herrn Staatskommissars für das Wohnungswesen wird für den Bezirk der Stadt Merseburg folgendes bestimmt:

1. Jeder Abschluß eines Mietvertrages über Wohnräume, Läden und Werkstätten ist dem Magistrat vom Vermieter binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages anzuzeigen. Die Anzeige muß enthalten: Name und Stand des Vermieters und des Mieters, Lage und Größe der Wohnung nach Zahl und Art der Räume, bisherigen und jetzigen Mietpreis, bisherigen Wohnort des Mieters.

2. Uebersteigt der vereinbarte Mietzins den Betrag, der für Wohnräume, Läden und Werkstätten der gemieteten Art und Ausstattung unter Berücksichtigung der Nebenleistungen des Mieters üblich und angemessen ist, so kann sowohl der Magistrat innerhalb einer Woche nach Eingang der Anzeige, als auch der Mieter bis zum Ablauf zweier Wochen nach Abschluß des Vertrages bei dem Mieteinigungsamt beantragen, daß der Mietzins auf die angemessene Höhe herabgesetzt wird, etwaige Nebenleistungen des Mieters gelten als Teil des Mietzinses, ebenso eine für den Nachweis der Mieträume gezahlte Belohnung, soweit sie dem Vermieter unmittelbar oder mittelbar zufließt.

3. Aus einem Mietvertrage, der dem Magistrat nicht angezeigt ist, können von dem Vermieter keine Ansprüche geltend gemacht werden. Der Vertrag wird auch in Ansehung der Einsprüche des Vermieters wirksam, wenn weder der Magistrat noch der Mieter innerhalb der Frist (Punkt 2) eine Herabsetzung des vereinbarten Mietzinses beantragt, wenn die Anträge auf Herabsetzung zurückgezogen werden, oder wenn das Mieteinigungsamt über die Anträge entscheidet.

4. Mit Geldstrafen bis zu 1000 Mk. wird bestraft, wer vorsätzlich die nach Punkt 1 ihm obliegende Anzeige nicht oder nicht rechtzeitig erstattet, oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

5. Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Anordnung des Magistrats vom 27. November 1918 — M. A. 728/18 — „II. Mieterschutz" — außer Kraft.

6. Die Bestimmung, daß alle Mietverträge mit neuen Mietern oder Untermietern aus Gründen der Zuzugbeschränkung der Genehmigung des Mieteinigungsamtes bedürfen, wird durch diese Anordnung nicht berührt.

Merseburg, den 5./11. August 1919.
VII. 1283/19. Der Magistrat.

Eilenburg.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

am Montag, den 8. September 1919, nachmittags 5 Uhr, im städtischen Bürgerasyl „Röberstiftung". Tagesordnung: 1. Pachtsachen. 2. Kassenrevisionsverhandlungen. 3. Festsetzung des Wahltermins und der Bestimmungen für die Neuwahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder. 4. Neuwahl der gewählten Mitglieder der Deputationen. 5. Neuwahl der Mitglieder der Einkommensteuer-Voreinschätzungskommission. 6. Aenderung der Satzung für Erwerbslosenfürsorge der Stadt Eilenburg vom 3. Februar 1919. 7. Antrag der Kriegsnotdeputation auf Bereitstellung von Mitteln für den Ausbau der Wohnungen. Hierauf geschlossene Sitzung. *2580

Eilenburg, den 1. September 1919.
Der Stadtverordneten-Vorsteher. Raute.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten Straußfedern

„Die große Mode".

Der reizende einzig feine Damenhutputz, Sommer und Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. Ich liefere unter Nachnahme in schwarz und weiss.

Länge ca. 36, Breite 18 cm, zu 4,—
„ „ 39, „ 15 „ „ 6,—
„ „ 46, „ 17 „ „ 8,—

Zurücknahme nach achttägiger Probe.

Pracht-Katalog. Größte Auswahl in Straußfedern, Straußfed.-Kränzen, Halsrüsch., Reiher, versende an jedermann umsonst.

Man bestelle per Postkarte. Viele tausende Dankschreiben.

Ernst Lange, Düsseldorf,
Straußfedern-Haus *2066 Arnoldstraße 21a
Kein Ladengeschäft! Versand direkt ab Lager.

Achtung! Achtung!
Der beliebte amerik. Kentucky-Kau-Tabak
wieder eingetroffen bei 3842
Kihnbaum, Böllbergerweg 6.
Für Wiederverkäufer ermässigte Preise.

In Prima Friedensware sind wieder lieferbar
Douchen und Spül-Apparate
sowie Gummiwaren aller Art
3861
C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 61.
Fachgeschäft und Versandhaus für sanitäre Artikel.
Preisliste gratis. Preisliste gratis.

Kaufe nur Mittwoch, den 3. September von 9—6 Uhr
alte Gebisse
(auch zerbrochene Teile)
im Hotel Stadt Berlin, Leipziger Str. 45.
Zahle pro Zahn bis 2, 4 und 8 Mk.
— In Gold und Platin höchste Tagespreise. —
*2523 Fräulein K. Küllgen.

Geschäftsanzeige!

Den geehrten Einwohnern von hier die ergebene Mitteilung, dass ich am 1. September das Bäckereigrundstück von Frau Hedwig Höpfner, Grosse Brunnenstrasse 23, käuflich erworben habe und bitte ich die werten Kunden, mir auch fernerhin ihr Zutrauen schenken zu wollen.

Hochachtungsvoll 3845

Franz Dölz, Bäckermeister.

Familien-Nachrichten.

Sozialdemokratisch. Verein Niemegk (U. S. P. D.)

Sonntag morgen 4 Uhr verschied unerwartet, infolge eines am Abend vorher erfolgten Unfalles, unser wertes Mitglied, der Weichensteller *2532

Otto Brumme,

im blühenden Alter. Ein ehrendes Andenken werden wir ihm bewahren.

Niemegk, den 31. August 1919.

Der Vorstand.
Franz Krüger.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag ½3 Uhr statt. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. Treffpunkt 2 Uhr in Kleines Restaurant.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190902-12/fragment/page=0006